

Metallarbeiter

Wochenschrift des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands

Nummer 22

Duisburg, den 31. Mai 1930

31. Jahrgang

Volkspotoper oder Wirtschaftsbeitrag

Mittel zur Behebung der Arbeitslosigkeit



Der Gedanke, durch ein Volkspotoper unserer deutschen Volkspot, der Massendauerarbeitslosigkeit zu steuern, steht schon reichlich verzerrt im Spiegel unserer Zeit. Das verstehen viele unserer Volksgenossen ausgezeichnet: zu verwirren, zu komplizieren, durch Passivität zu lähmen und Entschlußkraft in Splettis zu ersticken.

Und doch muß Außergewöhnliches und Entscheidendes geschehen, um die riesenhafte Hydra der Arbeitslosigkeit zu erlegen.

Dazu gehört Entschlossenheit und Härte bis zu einem gewissen Grade. „Das Staatschiff“, eine in Berlin erscheinende Halbmonatsschrift für Politik und Kultur, zieht in seiner Ausgabe vom 1. Mai eine Parallele, die an Klarheit nichts zu wünschen übrig läßt: „1916 drohte an der Westfront eine Gefahr, größer als die vorausgegangenen Siege an der Ostfront. Das deutsche Volk hatte grenzenloses Vertrauen zu seinen Heerführern, Hindenburg an der Spitze, nur von ihnen konnte die Wendung zum Glück kommen. Dabei mußte etwas Entscheidendes außerhalb der eigentlichen Front geschehen. Der innerpolitischen Reaktion, dem Kriegswucher und der Stappenschweinerel mußte schonungslos ein Ende bereitet werden. — Wäre es geschehen, die Regierung und die Oberste Heeresleitung hätten vom Volke an weiteren Opfern verlangen können, was sie wollten; es hätte sie gebracht. Es geschah nichts dergleichen, und so kam, was gekommen ist.“

Auch jetzt — 1930 — in einer Lage, in der etwas geschehen mußte, schaut das Volk nach einem Retter aus, der Staat und Wirtschaft in lebensvolle Ordnung bringt und das Ungeheuer Arbeitslosigkeit bannet. Wird nicht bald mit starker Hand eingegriffen um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, so nützen alle taktischen Erfolge an der Front der Parteikämpfe nichts.“

So ungefähr „Das Staatschiff“, das die Lage durchaus richtig sieht. Auf Taten kommt es an. Jeder entschlossenen und entscheidenden Handlung aber werfen sich heute leider Hunderte, Tausende, Abertausende entgegen. Die Partei, die Interessengruppe könnte Schaden leiden, die Demokratie könnte respektwidrig behandelt, Dogmen und Programme angegriffen werden.

Unvergängliche Verdienste erwirbt sich demgegenüber, wer über Kleinliches Gemurmel hinweg zu Taten schreitet. Es drängt nach Handlung und Vollbringung. Das Agrarprogramm der Regierung Brüning ist eine Tat. Jede Hilfsaktion zugunsten der Landwirtschaft kommt auch der Gesamtheit zugute, trägt zur Behebung unseres ge-

samten Binnenmarktes bei. Jedoch, eine Maßnahme allein führt nicht zum Ziele; es muß mehr noch geschehen.

Ist ein Volkspotoper notwendig, welchem Zweck soll es dienen?

Der Ruf nach einem Volkspotoper wurde erstmalig laut in einem etwas ungewöhnlichen Zusammenhange. Das Volkspotoper sollte den Zweck haben, die Arbeitslosenversicherung zu finanzieren bzw. zu sanieren. Man hat in den letzten Jahren die Stimmungsmache gegen die Sozialversicherung mit so großem Erfolge betrieben, daß es als eine Utopie bezeichnet werden kann, wenn man das deutsche Volk in seiner großen Gesamtheit zu einem außergewöhnlichen Opfer bewegen möchte, um damit einen vielfach mißliebigen Unterstützungszweig zu sanieren.

Diesen Zweck kann aber unserer Meinung nach ein solches Volkspotoper nicht in erster Linie haben. Das Kernstück des Arbeitslosenproblems liegt doch wo anders. Es muß doch in erster Linie darauf ankommen, die Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozeß einzureihen. Das ist immer nur bis zu einem gewissen Grade möglich, aber dieser Grad muß ernsthaft und nachhaltig erstrebt werden.

Das Problem lautet also: Wirtschaftserweiterung, Arbeitsbeschaffung, und wenn zu diesem Zwecke vor allem eine Sonderabgabe erhoben wird, so ist das kein Volkspotoper, sondern ein Wirtschaftsbeitrag, der schließlich allen Volksgenossen zugute kommt. Dabei muß gleich im voraus bemerkt werden, daß mit einem solchen Mittel noch lange kein Allheilmittel aufgezeigt werden soll. Es gibt eben kein Allheilmittel — wovon so viele Menschen träumen — um die Arbeitslosigkeit zu bannen; das Ziel ist nur im Zusammenspiel vieler Kräfte zu erreichen.

Möglichst viele Arbeitslose in den Produktionsprozeß einzureihen und ihnen Arbeit zu beschaffen, das muß das Ziel aller deutschen Wirtschafts-, Sozial- und Gewerkschaftspolitik sein. Diesem Ziel soll ein Opfer dienen, das von der Gesamtheit des Volkes zu tragen ist.

Die Frage, welcher Art diese Arbeit sein kann und sein mußte, ist naturgemäß auch noch sehr umstritten. Und doch zeigt sich eine erfreuliche Annäherung der Meinungen.

Wir vertreten wiederholt den Standpunkt, daß ein groß angelegter Ausbau der deutschen Verkehrsmittele, besonders der Reichswasserstraßen, durch besondere Mittel finanziert werden mußte. Jener Staat betreibt wirkungsvolle Wirtschaftspolitik, der Verkehrsmittel und Verkehrsmöglichkeiten schafft, die den Gütertausch so elastisch und so schnell wie möglich gestalten.

An Plänen für die Ausgestaltung unseres deutschen Verkehrswezens fehlt es nicht. Projekte sind vorhanden zu Haus, Arbeitskräfte auch, nur nicht genügend Kapital. Wer einen Begriff bekommen will von dem Umfang der Absichten und Entwürfe, der sehe sich das Programm für den Wasserstraßenbau an. Da liegen Pläne vor soweit das westliche Reichsgebiet in Frage kommt, über

den Mittellandkanal,
den Lippe-Kanal,
den Küstenkanal,
die Rhein-Main-Donau-Wasserstraße,
die Neckarkanalisierung,
die Umkanalisierung des Untermains,
die Kanalisierung der Mittelweser,
den Ausbau des Dortmund-Ems-Kanals,
die Fahrwasservertiefung des Rheins zwischen St. Goar und Mannheim,
die Oberrheinregulierung Straßburg-Basel,
den Sanktkanal,
den Aachen-Rhein-Kanal,
die Moselkanalisierung,
den Saar-Pfalz-Kanal,
die Lahnekanalisierung;

soweit der Osten in Frage kommt, betreffen die Pläne:

den Masurischen Kanal,
den Elbing-Oberländischen-Kanal,
den Marienburger Hafen,
den Königsberger-See-Kanal,
den Beel-Hafen bei Cranz,
den Ausbau der Oder-Wasserstraßen und die Regulierung der Nebenflüsse der Oder,
den Hafenanlageausbau bei Breslau,
die Staubecken und Dammbauten im Gebiete der Ohle, Loh, Kappach, Weistritz, Weide und Bartsch.

Außer diesen Wasserstraßenprojekten liegen weitreichende Pläne für den Ausbau des Eisenbahnnetzes, der Kraftpostlinien usw. vor. Jedermann weiß, daß die trostlose Lage des Arbeitsmarktes doch zu einem guten Teile mit darauf zurückzuführen ist, daß infolge Geldmangels viele Aufträge der öffentlichen Körperschaften d. h. der staatlichen Betriebe wie Reichsbahn und Reichspost ausgefallen sind.

Süßwahr! Ein frappierender Reichtum an Plänen. Dabei hat das Reichsverkehrsministerium für den weiteren Ausbau und für die Instandhaltung der Reichswasserstraßen für das Jahr 1930 als einmalige und außerordentliche Ausgabe den Betrag von rund 107 Millionen Reichsmark vorgesehen. Das ist eine Bagatelle, denn: die Oberrheinregulierung, d. h. die Regulierung des Rheines von Kehl bis Idstein — die neuerdings beschlossen wurde — kostet allein etwa 50 Millionen Reichsmark, der Aachen-Rhein-Kanal nach Äußerungen des Reichsverkehrsministers von Guérard 140 Millionen und wenn ein Stichkanal nach M. Gladbach gebaut wird, 170 Millionen, ein Saarkanal — dessen Bau übrigens nach Meinung des Ministers völlig aussichtslos sein sollte — etwa 420 bis 450 Millionen Reichsmark. Wie weit demnach die 107 Millionen reichen, dürfte klar sein. Das sind Unzulänglichkeiten, nicht einmal Halbheiten.

Es gehen natürlich auch über die Zweckmäßigkeit und Rentabelgestaltung von Kanälen die Meinungen auseinander, allein es ist schwer vorstellbar, daß sich bei uns in Deutschland nicht bewähren sollte, was in vielen Nachbarstaaten unter Aufwand großer Mittel praktiziert wird. Der Stimmungsmache gegen Kanäle liegt vielfach ausschließlich kapitalistischer Interessensklüngel zugrunde, die Konkurrenz benachbarter Reviere ist unbequem. Zudem bangt die Reichsbahn um ihr Monopol.

Beachtlich ist, was auch die „Deutsche Bergwerkszeitung“ — die weiß Gott selten mit gewerkschaftlichen Auffassungen übereinstimmt — zu der Frage der öffentlichen Arbeiten schreibt (Nr. 107 vom 8. 5. 1930): „Ein Problem, das in besseren Zeiten vertagt ist, muß aber jetzt aufs neue dringend und großzügig angefaßt werden: Die produktive Erwerbslosenfürsorge. . . Es gibt genug

zu tun in Deutschland, auch solches, das produktiv genannt werden kann: Oedlandkultivierung, Steigerung der Erträge der Landwirtschaft, Wege- und Kanalbauten, auch Wohnungsbauten in gewissem Umfange.“

Die Arbeiten, die hier erwähnt werden, sind doch keineswegs sogenannte Notstandsarbeiten, sie dienen allesamt der Hebung des Wirkungsgrades unserer Volkswirtschaft. Diesem Zwecke müßte eine vorübergehende Sonderbesteuerung des Einkommens dienen. Das wäre übrigens nicht einmal eine Neuheit in der Geschichte der deutschen Steuerpolitik. Ein Wirtschaftsbeitrag im Jahre 1930 ist bei Licht besehen ungefähr das, was wir in dem sogenannten Wehrbeitrag im Jahre 1913 erlebt haben. Dieser Wehrbeitrag, der der Hebung der Wehrfähigkeit des deutschen Volkes dienen sollte, war als einmaliger Beitrag gedacht, der in drei Jahresraten zu entrichten war. Erhoben wurde dieser Wehrbeitrag in der Hauptsache vom Vermögen und vom Einkommen. Die Einkommen bis zu 5000 RM jährlich waren abgabefrei. Bei einem Einkommen von über 5000 bis 10 000 RM betrug die Abgabe 1,0 v. H., bei einem Einkommen von 10 000 bis 15 000 RM 1,2 v. H., bei einem Einkommen von 15 000 bis 20 000 RM 1,4 v. H. und so fort bis 8,0 v. H. bei einem Einkommen von 500 000 Reichsmark. Man rechnete damals damit, daß der Wehrbeitrag aus Vermögen etwa 880 Millionen, aus Reserven der Aktiengesellschaften etwa 40 und aus Einkommen etwa 80 Millionen Reichsmark erbringen würde. Das war 1913.

Heute dürfte ein Wirtschaftsbeitrag in der Hauptsache nur durch einen entsprechenden Ausbau der Einkommensteuer möglich sein. Dabei müßten alle Einkommen — ausgenommen die Jahreseinkommen bis etwa 1800 RM — herangezogen werden. Wenn das Jahreseinkommen zugrunde gelegt wird, fällt zum Teil wenigstens auch der Hinweis, es müßten die Festbesoldeten allein sein, die zu einer solchen Sonderbesteuerung herangezogen werden sollten, da sie von allen Konjunkturschwankungen, Arbeitsstokungen usw. verschont bleiben.

Die Abgabe müßte nach der Höhe des Einkommens gestaffelt sein, etwa 1 bis 4%. Die Abgabe würde bei Beamten, Angestellten und Arbeitern vom Gehalt bzw. vom Lohn abgehalten, bei den übrigen Berufen in Form eines Zuschlages zur Einkommensteuer erhoben.

Mehr als 1800 RM Jahreseinkommen abgabefrei zu lassen, dürfte unmöglich sein, da andernfalls die Abgabe nicht genügend ergeben würde und auch keine allgemeine Volkssteuer wäre. Von einer Ueberspannung kann auch nicht die Rede sein. Nach diesem Vorschlage würden die Arbeiter z. B., die 80 Tpf. pro Stunde verdienen und das ganze Jahr hindurch in Arbeit sind, immer noch abgabefrei sein. Der Betrag von 18 RM im Jahr, der von dem niedrigsten Einkommen erhoben würde, muß m. E. auch noch von der Arbeiterschaft des hohen Zieles wegen getragen werden. Blicke ein Jahreseinkommen bis zu 3600 RM abgabefrei — wie das von unseren Kollegen in Köln und Solingen ausgesprochen worden ist — so ist der Wirtschaftsbeitrag ohne ausreichende Wirkung. Man muß nämlich bedenken: Nach der Steuerveranlagung für das Jahr 1927 zählte man im Deutschen Reich 4 015 713 zur Einkommensteuer Veranlagte. Davon gehörten 43,63 v. H. zu der Einkommensgruppe mit einem Einkommen bis 1500 RM, 29,17 v. H. zu der Einkommensgruppe von über 1500 bis 3000 RM, 12,22 v. H. zu der Einkommensgruppe von über 3000 bis 5000 RM, während nur noch 14,98 v. H. an den Einkommensgruppen von über 5000 RM beteiligt waren.

Die Statistik über den Steuerabzug vom Arbeitslohn weist nach, daß von 12 492 262 steuerbelasteten Pflichtigen 56,56 v. H. der Einkommensgruppe bis zu 1500 Reichsmark, 32,30 v. H. der Einkommensgruppe von über 1500 bis 3000 RM und nur noch 11,14 v. H. den Einkommensgruppen von über 3000 RM Einkommen zugehörten.

Vorläufige und summarische Berechnungen, die an Hand der Ergebnisse der Einkommensteuer (Steuerveranlagung und

Einkommensteuer vom Arbeitslohn) angestellt werden können, ergeben, daß ein Wirtschaftsbeitrag nach diesem Vorschlage jährlich etwa einbringen würde, von den

Einkommen aus Gehalt und Lohn 150 000 000 RM
aus veranlagtem Einkommen 240 000 000 RM

Summa: 390 000 000 RM

Da der Wirtschaftsbeitrag ähnlich dem Wehrbeitrage auf etwa drei Jahre befristet werden könnte, d. h. die Abgabe müßte sich drei Jahre wiederholen, käme ein Gesamtkapital zustande, das sehr wohl geeignet wäre, den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit erfolgreich führen zu können.

Der Wehrbeitrag im Jahre 1913 war eine Besitzsteuer in des Wortes vollster Bedeutung; der Wirtschaftsbeitrag 1930 kann nur eine Volkssteuer im besten Wortsinn sein. Das Volk muß in seiner Gesamtheit an den Folgen tragen, die aus den gesamten volkspolitischen Geschehnissen der letzten 1½ Jahrzehnte erwachsen sind. Es ist fürwahr eine moralische Pflicht des ganzen Volkes, beizutragen zur Behebung der größten Volksnot unserer Tage und dem Volksteil zu helfen, der fast allein die Lasten aus diesen Geschehnissen trägt: den Arbeitslosen.

Karl Schmitz, 2. Verbandsvorsitzender.

Das Ringen um die Eindämmung der Arbeitslosigkeit

III.

Der Christliche Metallarbeiterverband macht den Vorschlag, zur Behebung der Gesamtnot des deutschen Volkes, insbesondere auch in den Grenzländern, vor allem aber um Arbeit und die produktive Erwerbslosensfürsorge zu finanzieren, ein besonderes Notopfer zu beschließen. Der leitende Gedanke dieses Vorschlages ist, durch vorübergehende verstärkte Opferwilligkeit größere Geldmittel zu produktiver Arbeit zu gewinnen, also durch Arbeit Not zu lindern, um durch verstärkte Wirtschaftskraft die Aufwendungen zur Unterstützung der Arbeitslosen später senken zu können. Er weist darauf hin, daß, wenn ein besonderer Wehrbeitrag von über 1 Milliarde Mark im Jahre 1913 den Zweck verfolgte, die Wehrfähigkeit Deutschlands zu heben, warum es dann nicht möglich sein sollte, durch ein allgemeines Volksoffer der gegenwärtigen Not des Volkes zu steuern. In erster Linie sollen zu diesem Volksoffer herangezogen werden die Beamten und Festbesoldeten in Reich, Ländern und Gemeinden, in der Sozialversicherung, in der Rechtspflege und Justiz, im Schulwesen usw., also alle diejenigen, die in festem Gehalt stehen, die keine Konjunkturschwankungen kennen, die pensionsberechtigt sind und für deren Angehörige nach ihrem Ableben gesorgt ist. Es geht also nicht in erster Linie darum, die Arbeitslosenversicherung zu sanieren, sondern Arbeit zu schaffen.

Weiter ist darauf hinzuwirken, daß auch die Arbeiter selbst bereit sein sollen, nicht so sehr durch Lohnerhöhungen, sondern durch tatsächlichen Preisabbau, über den zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmerverbänden verhandelt werden müßte, zu Kaufkraftverstärkungen, also zu Reallohnerhöhungen zu kommen.

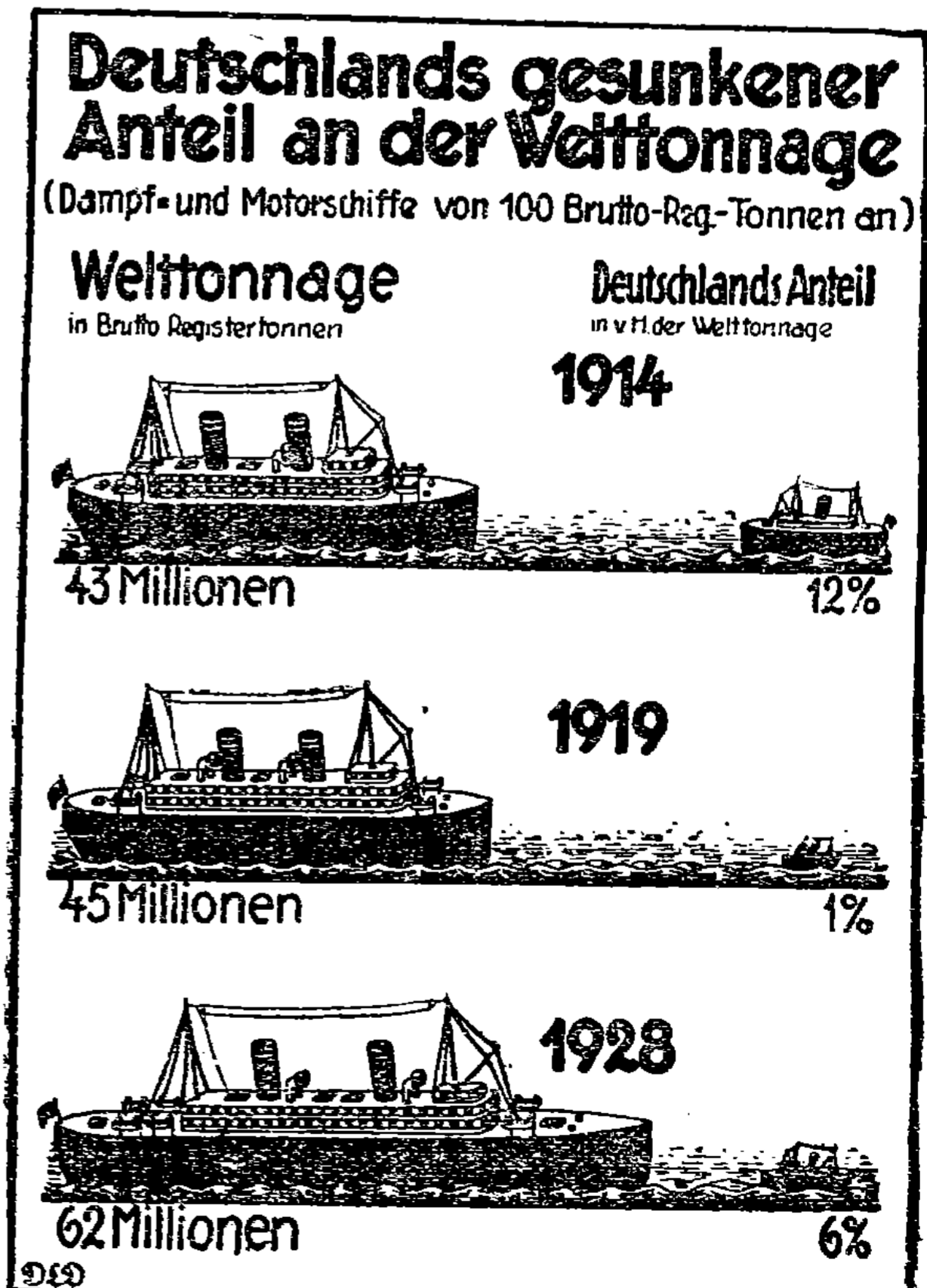
Ein weiterer Vorschlag des Christlichen Metallarbeiterverbandes ist, die Arbeitslosigkeit dadurch zu bekämpfen, daß wir, die christlichen Gewerkschaften, das Kernstück zu einem Volksbund zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Beeinflussung des Verbrauchs abgeben sollen. Dieser Volksbund soll einen Werbefeldzug unternehmen unter der Devise: „Deutsche, kauft deutsche Erzeugnisse! Wer Auslandsware kauft, macht deutsche Arbeiter arbeitslos, schädigt sich selbst und die Gesamtheit!“ Der Christliche Metallarbeiterverband stellt als erste Rate sofort 15 000 RM für den Volksbund zur Verfügung.

Nun noch einige andere Vorschläge: Die Unternehmer müssen zu der Erkenntnis gebracht werden, daß sie im kapitalistischen Wirtschaftssystem nicht nur die Verpflichtung haben, dafür zu sorgen, daß angemessene Gewinne herausgewirtschaftet werden, sondern daß zum mindesten die branchenfremden bzw. Stamm-Arbeiter auch in schwierigen Perioden Lohn und Brot behalten. Die Sorge um die Arbeitslosen ist im heutigen Wirtschaftssystem in erster Linie eine Sorge der privaten Unternehmer selbst; das kann nicht anders sein. Versicherungen und Hilfe durch die Allgemeinheit kommen als Notbehelfe erst in zweiter Linie in Betracht. Die periodische Abschlebung auch der besten Arbeitskräfte auf die Arbeitslosenversicherung muß also unbedingt aufhören.

Es muß ferner darauf gedrängt werden, daß auch in der Privatwirtschaft eine produktivere Wirtschaftsgestaltung und Verwaltungsvereinfachung durchgeführt wird. Es sind immer noch viel zuviel Leute in der Warenverteilung beschäftigt, und wir sehen bereits auch ein Zuviel und eine ungesunde Zusammenballung in der Industriebürokratie. In den großen Konzernen sind neben gewissen Vorteilen auch schon große Nachteile festzustellen, vor allem die Hemmung der Produktion und die Unübersichtlichkeit der Verwaltung durch eine zu starke Bürokratisierung und Zentralisierung.

Die Rationalisierung und Mechanisierung ist durch die Möglichkeit der Selbstfinanzierung — wie schon erwähnt — vielfach übersteigert worden. Sie müssen auf das richtige Maß eingestellt werden, sonst wirken sie unrentabel.

Die Beschaffungsbehörden des Reiches, der Länder und der Kommunen tragen in den Zeiten größerer Arbeitslosigkeit eine besonders ernste Verantwortung. Diese Beschaffungsstellen der Behörden haben nachweislich für jährlich rund 7000 bis 8000 Millionen — man spricht sogar von 10 Milliarden — Reichsmark an Aufträgen zu vergeben. Sie können bei gutem Willen und Erkennung ihrer Aufgabe gegenüber den arbeitslosen Volksgenossen durch rechtzeitige und zweckmäßige Maßnahmen bei der Arbeitsvergebung vielen Tausenden von Arbeitslosen in den kritischen Wintermonaten



Beschäftigung geben. Es wäre zur Zeit ungeheuer wichtig, wenn die vom Reichswirtschaftsrat auf Initiative und Vorschlag von christlichen Gewerkschaftlern gefassten Vorschläge zur besseren Verteilung der Behördenaufträge endlich stärker realisiert würden. Besonders dringlich sind die von uns immer wieder verlangten Zurückstellungen und Vorverlegungen der Arbeiten auf die Winterszeit im ungefähren Höchstmaß von 4 bis 5% des Gesamtwertes der öffentlichen Aufträge. Diese Zurückstellungen und Vorverlegungen müßten abgestellt werden auf die schlimmste Zeit vom November bis März. Natürlich ist es angesichts unserer Finanzlage nicht leicht, derartige Vorgriffe zu finanzieren. Es müßten Ueberbrückungskredite beschafft und in etwa fünf bis sechs Monaten abgedeckt werden. Die Aufbringung der Zinsen für diese kurzfristigen Zwischenkredite könnte mit einer Sorge der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sein. Dieser Belastung stände eine erhebliche Verminderung der Arbeitslosenziffer und damit auch eine finanzielle Erleichterung der Reichsanstalt gegenüber. Der Volkswirtschaft würden neue Werte zugeführt und eine große Zahl Arbeitsloser vor den demoralisierenden Wirkungen der Beschäftigungslosigkeit und dem Elend bewahrt. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kann aber nicht nur von zentralen Stellen aus geschehen, sondern es müssen sich auch die Länder- und Gemeindeparlamente, besonders im Winter und in Depressionszeiten, stärker um die Arbeitsbeschaffung kümmern. Auch die werteschaffende Erwerbslosenfürsorge, die sogenannten Notstandsarbeiten, dürfen staatlicherseits dabei nicht vergessen werden.

Die Exportförderung, insbesondere zur Hebung unserer Fertigwarenausfuhr, ist auch eines der wichtigsten Mittel zur Milderung der Arbeitslosigkeit. Darum ist der stärkere Abschluß von ordnungsmäßigen Handelsverträgen mit andern Ländern unter dem Gesichtspunkt der Beseitigung der vielen Handelshemmnisse zu erstreben. Ferner müssen wir auch die anderen Maßnahmen zur Ausfuhrförderung unterstützen. Diese zerfallen in drei Gruppen, und zwar in den Nachrichtendienst, in die Auskunftserteilung und in die Propagandatätigkeit. In diesen drei Hauptzweigen der Ausfuhrförderung sieht es bei uns in Deutschland, verglichen mit andern Ländern, noch schlecht aus. Hierin müssen wir unsere Auslandsvertreter (Konsuln) noch viel besser schulen und unterstützen.

Die Stärkung der Kaufkraft der breiten Schichten der Arbeitnehmer, insbesondere auch in der Landwirtschaft, durch eine bessere Entlohnung trägt zweifellos in ganz anderem Maße zur Belebung der Konjunktur bei als die Niedrighaltung oder gar die Heruntersetzung der Löhne. Die Kapitalneubildung braucht nicht nur bei den Banken und den sonstigen kapitalkräftigen Kreisen zu geschehen; volkswirtschaftlich und staatspolitisch ist es besser, wenn dieses auch durch die Ermöglichung des Sparens seitens der Arbeiter geschieht.

Jede Einkommensvermehrung, die dem notwendigen Verbrauch zugeführt wird, hebt die Gütervermehrung, schafft Arbeit, hebt die Konjunktur. Die Lohnpolitik, die insbesondere zur Hebung des Einkommens der gering entlohnerten Massen führt, steigert den Verbrauch, vermehrt die Gütererzeugung und den Warenumsatz. Von 23,25 Millionen Lohn- und Gehaltsempfängern hatten 10,39 Millionen keinerlei steuerpflichtiges Einkommen, d. h. sie verdienten demnach nur 1200 RM jährlich und darunter 0,36 Millionen waren infolge der Familienermäßigung ebenfalls steuerfrei, sie verdienten im Durchschnitt 1877 RM.

Die Beitragsleistung zur Invalidenversicherung gewährt gleichfalls einen lehrreichen Einblick in die Einkommensverhältnisse der deutschen Arbeiter. Es leisteten im Juni 1929 von 14 637 802 Versicherten Wochenbeiträge in der Lohnklasse

bis zu 6 RM pro Woche . . .		3,7%
von 6	12	12,4%
12	18	16,8%
18	24	13,1%
24	30	9,0%
30	36	8,1%
36 RM und mehr	nur	36,9%

Die Zahl sehr niedrig entlohnter Arbeitskräfte ist demnach noch reichlich groß, unter 36 RM die Woche über 60% der versicherten Arbeiter. Mit der Vermehrung der Kaufkraft dieser Massen wird die Arbeitslosigkeit auch herabgemindert. Das ist Förderung der Konjunktur durch eine gute Lohnpolitik.

Die zu starke Besteuerung des Massenkonsums trifft insbesondere die kinderreichen Familien und entlastet die stärkeren Schultern und ist deshalb nicht nur eine soziale Ungerechtigkeit, sondern auch mit einer Ursache weiterer Verbrauchseinschränkung und damit eine Schädigung des Arbeitsmarktes.

Die Produktion muß sich stärker auf die Befriedigung der lebensnotwendigen Bedürfnisse der breiten Volksschichten einstellen und weniger auf die Herstellung von luxuriösen bzw. angenehmen Dingen.

Den Bestrebungen, auf Kosten des Wohnungsbaues die öffentlichen Kassen wieder aufzufüllen, ist mit aller Schärfe entgegenzutreten.

Gegen die unerhörten Zahlungen aus dem Young Plan, die den deutschen Kapitalmarkt und damit auch den Arbeitsmarkt in Deutschland einschränken, wird sich die organisierte Arbeiterschaft stets wenden müssen und nicht ruhen, bis diese unökonomischen Zahlungen auf ein erträgliches Maß herabgesetzt werden und schließlich verschwinden.

Die Durchführung einer beweglicheren Dispositionspolitik durch die Reichsbank und ein stärkerer Druck derselben auf die viel zu hohen Zinsen und Provisionen der Banken und auf die überhöhten Preise im Handel würden der Wirtschaft Erleichterungen und größere Beschäftigungsmöglichkeiten gewähren. Die zwangsweise Neukapitalbildung durch die zu hohen Zinsspannen und Preise schränkt natürlich den Arbeitsmarkt ein. Die viel zu hohen Zinsen und sonstigen opulenten Bedingungen bei den neuen Anleihen der Länder und sonstigen öffentlichen Körperschaften tragen dazu bei, den deutschen Zinsfuß in unnatürlicher Weise hochzuhalten. Das muß von der Reichsregierung und von der Reichsbank bekämpft werden.

Die Kartellpolitik muß zielsicherer als bisher gehandhabt werden. Besonders ist das Preisgebaren der Kartelle, Syndikate und Trusts schärfer unter die Lupe zu nehmen und vor allen Dingen an das Licht der Öffentlichkeit zu ziehen. Außerdem müßte verboten werden, daß die nächste Wirtschaftsstufe, der Handel, gebunden wird. Das immer weiter um sich greifende Markenartikelnwesen müßte durch eine Aenderung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb und durch eine mehr volkswirtschaftlich fundierte einschlägige Rechtsprechung eingeschränkt werden.

Die Herabsetzung des ausländischen Arbeiterkontingents (zur Zeit beträgt es 109 000, in Wirklichkeit sind es viel mehr) wäre ernstlich zu prüfen. Es geht nicht an, daß deutsche Arbeiter zur Beschäftigungslosigkeit verurteilt werden, und Ausländer ihre Plätze einnehmen.

Die Frage der Doppelverdiener erhält angesichts der großen Arbeitslosigkeit eine größere Bedeutung als bisher. Unsere Heimarbeiterinnen wünschen beispielsweise, daß in dieser Notzeit alle Doppelverdiener, gleichviel ob Mann oder Frau, Pensionäre, Ueberstundenarbeiter usw. zwangsweise ausgeschaltet werden. Unsere Heimarbeiterinnen wünschen, daß man die Erwerbsarbeit der bereits versorgten Frau evtl. durch Gesetz einschränken soll. Es soll ein Notgesetz sein, das, sobald es wieder genügend Arbeit gibt, aufgehoben werden könnte. Es soll auf die Berufe und Bezirke Anwendung finden, in denen ein Ueberangebot von Arbeitskräften besteht. Die Landwirtschaft soll davon nicht betroffen werden. Es ist nur zu befürchten, daß in der Volksvertretung solche Vorschläge in absehbarer Zeit keine Mehrheit finden werden.

Daß die Konkurrenz der Doppelverdiener, besonders der völlig versorgten Doppelverdiener in solchen Notzeiten unerträglich erscheint, bedarf allerdings kaum einer Begründung.

Die weitere Verkürzung der Arbeitszeit wird vielfach als Mittel zur Milderung der Arbeitslosigkeit

vorgeschlagen. Man spricht bereits vom 4mal-6-Stundentag. Hierbei sieht es nur mit einem Lohnausgleich schlecht aus, und die Unternehmer befürchten von der Durchführung solcher Vorschläge weitere Arbeitslosigkeit und Konkurrenzunfähigkeit gegenüber dem Auslande. Eins aber müßte überall jetzt schon beachtet werden, daß nicht in dieser Notzeit noch Ueberstunden gemacht werden. Der Preussische Handelsminister hat dankenswerterweise in einem Rundschreiben an die Regierungspräsidenten auf den Ernst der Arbeitsmarktlage hingewiesen. Um zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit beizutragen, sollen die Gewerbeaufsichtsbeamten Ausnahmen von der gesetzlich vorgeschriebenen Normalarbeitszeit nur dann gewähren, wenn die erforderliche Mehrarbeit nicht durch Einstellung neuer Arbeitskräfte geleistet werden kann. Ferner soll eine behördliche Genehmigung für Ueberarbeit nur bei unabweisbarem Bedürfnis, nach Füh-

lungnahme mit dem Arbeitsamt und nur für kurze Zeit bewilligt werden.

Das bessere Funktionieren der Arbeitslosenvermittlung ist unsererseits immerfort anzustreben, bis die größtmögliche Feinheit bei der Sondierung und Behandlung der Arbeitskräfte und des Arbeitsmarktes erreicht ist. Hier können die Landesamtsvorsitzenden und Arbeitsamtsvorsitzenden und Verwaltungsausschüsse viel Gutes wirken.

Zum Schluß möchte ich betonen, daß ich die Vorschläge des Christlichen Metallarbeiterverbandes bezüglich des Notopfers zur Beschaffung von Arbeit, sowie des Kredit-Hilfsfonds für die Landwirtschaft durch das angebotene industrielle Opfer und auch bezüglich der Erziehung der Verbraucher zur Bevorzugung deutscher Waren meinerseits nur unterstützen kann.

F. Baltrusch, M. d. RWR.

Der Kampf um Sozialpolitik und Invalidenversicherung

II.

Von anderer Art sind die kritischen Stimmen, die aus den Schwierigkeiten der deutschen Wirtschaft heraus, der deutschen Verschuldung und Tributleistungen als Gegner der deutschen Sozialpolitik hervortreten. Von der rein finanziellen Seite aus vorstoßend geht ein Artikel im „Tag“ (Nr. 6 vom 7. Januar 1930) von F. Ebeling: „Die Krise der Sozialversicherung“. Ein besonderer Abschnitt ist hierin einer sich ankündigenden „Krise der Invalidenversicherung“ gewidmet, die durch die steigenden Rentenleistungen über die Beitragseinnahmen hinaus entstehe. Bezug genommen wird hierbei auf die Zahlen in der bekannten Denkschrift des Reichsarbeitsministeriums über die finanzielle Lage der Sozialversicherung, wonach ab „1934 ein stetig wachsender Fehlbetrag eintrete, der 1938 die gesamten bis 1933 gesammelten Rücklagen aufgezehrt haben würde“. Eberling meint noch:

„Nach dem Ergebnis des ersten Halbjahrs 1929 muß der Fehlbetrag jedoch wesentlich früher eintreten; denn die Denkschrift rechnet für 1929 noch mit einem Ueberschuß von 355 Millionen, der in Wirklichkeit nicht erreicht werden wird.“

Zum letzteren ist zu bemerken, daß das zweite Halbjahr 1929 in den Beitragseinnahmen der Invalidenversicherung besser abgeschnitten hat als das erste Halbjahr. Desungeachtet betrachten auch die Träger der deutschen Invalidenversicherung ihre finanzielle Entwicklung mit großer Sorge, ohne deswegen dem Pessimismus zu verfallen. Die Belastungen an Renten- und Sachleistungen wie der Verwaltung haben aber hierin ihre Grenze. Nicht übersehen darf hierbei werden, daß die Invalidenversicherung als Kriegsfolge einseitig große Lasten übernehmen mußte, die an sich Sache der Allgemeinheit gewesen wären. Das geschieht sowohl auf dem Gebiete der gestiegenen Rentenleistungen wie der Gesundheitsmaßnahmen. Ich verweise hierbei u. a. nur auf die wichtige Bekämpfung der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten. Was müßten Reich, Länder und Gemeinden, die Allgemeinheit der Steuerzahler, weiter aufwenden an großen Mitteln, wenn ihnen die Träger der Sozialversicherung nicht große Aufgaben und Lasten abnehmen würden. Der Abbau der Sozialversicherung würde nicht einfach eine Ersparnis der bisher für diese Zwecke aufgewendeten Summen bedeuten.

Es fragt sich allerdings, ob diese vorgenannte Art einseitiger Abwälzung und Lastentragung an und durch die Invalidenversicherung andauernd aufrechterhalten werden kann und ob hier nicht deren Träger einen erhöhten Anspruch auf eine entsprechende Gegenleistung an die Allgemeinheit zu erheben haben. Die Invalidenversicherung und deren Versicherte erheben auch entschieden die Forderung auf eigene Wertung. Wie ihnen tatsächlich gedankt wird, zeigt die unter Silberding vollzogene Abknöpfung der Reichszuschüsse für 1929 durch die Reichszwangsanleihe mit 164 Millionen Reichsmark, die ständige Auszahlungs-Hinausschiebung der der Invalidenversicherung

nach dem Zollgesetz 1925 (Lex Stegerwald) zustehenden 40 Millionen Reichsmark aus den Zollmitteln, ferner die Vorentnahme von 4 Millionen Reichsmark aus den Zollmitteln für Zwecke der „Kinderspeisung“. Also Kinderspeisung auf Kosten der Invalidenversicherung statt der Allgemeinheit. Dazu kommt das große neue finanzielle Attentat gegen die Mittel der Invaliden- und Angestelltenversicherung. Die darin angesammelten, sauer verdienten Spargroschen der Arbeitnehmer will man zur „Entlastung“ der Reichsfinanzen dem Bedarf der Arbeitslosenversicherung dienstbar machen. Zu einer unerhörten Beschlagnahme der sozialen Spargroschen von Arbeitern und Angestellten hat man „Mut“, nicht aber zum Zugreifen bei den bessergestellten Schichten in sicherer Existenz. Für diese ist ja die Kriegsfolge nicht da. Die Bürokratie regiert.

Nachdrücklichst muß der im Schlußabschnitt des angezogenen Artikels liegenden Tendenz widersprochen werden, die auf den Abbau der Leistungen der gesamten Sozialversicherung hinausgeht. Ebeling schreibt hier:

„Es bleibt das Geheimnis der Verteidiger des Young-Planes, wie sie die Sozialversicherung überhaupt aufrechterhalten wollen, wenn unter der Reparationsausblutung das große Sterben der Wirtschaft einsetzt, die Beitragsauskommen also zusammenschrumpfen und andererseits die Ansprüche auf Leistungen in einem Ausmaße steigen, die die optimistischen Annahmen der Denkschriften weit hinter sich zurücklassen.“

Die Verwirklichung dieser Tendenz würde eine weitere einseitige Kriegslastenabwälzung auf die Arbeitnehmer bedeuten. Krieg und Inflation haben der Invalidenversicherung die frühere finanzielle



Altes Städtchen

Rückendeckung genommen. Diesen Zugriff und die bereits erwähnte Abwälzung allgemeiner Lasten auf das Konto der Invalidenversicherung mit ihren Folgen auf Beiträge und Leistungen setzt als Argument für einen Leistungsabbau zu benutzen, heißt die inneren Tatsachen auf den Kopf stellen. Dazu übersieht man bei den ganzen Finanzrechnungen und den Vergleichen mit der Vorkriegszeit, daß der innere Wert der Reichsmark nicht gleich der Mark von 1913 zu setzen ist. Das trifft für Beiträge und Leistungen zu. Die Kosten werden auch nicht lediglich von den Unternehmern aufgebracht. Soweit dieser Beitragsanteil in Betracht kommt, wird er einkalkuliert. Daß bei ihren largen Verhältnissen die Arbeiterschaft darüber hinaus aus eigenem Antrieb selbst große Opfer bringt, zeugt von deren hohem solidarischen Empfinden — Gemeinschaftsgeist — weiter Einsicht, Vorsorge und sittlicher Verantwortung. Eine praktische Sozialpolitik allerdings, die kein Geld kostet, gibt es nicht. Sozialpolitik ist ein Stück Wirtschaftspolitik, die sich gegenseitig ergänzen und weiterschreiten müssen. Ueber Zeit und Tempo kann man sich sachlich aussprechen. Die Sozialpolitik besteht nicht nur in der materiellen Unkostenberechnung des Unternehmers, sondern hat auch ihre weittragende ideale Seite. Sozialpolitik treiben heißt vor allem: sozial denken.

Damit komme ich noch auf einen anderen Aufsatz in der Handelsbeilage der „Berliner Börsen-Zeitung“ (Nr. 605 vom 29. 12. 29), von Dr. Fritz Tänzler „Der Niedergang der deutschen Sozialpolitik“. Dr. Tänzler ist uns kein Unbekannter; er stand ein Menschenalter hindurch an leitender Stelle im Organisationsleben der deutschen Arbeitgeberverbände. Seine Auslassungen erwecken daher ein vielfaches Echo. Dr. Tänzler geht aus von einer geschwundenen ehemaligen Bewunderung der deutschen Sozialpolitik im Ausland und das „Unbefriedigende dieser Politik“ im Innern. Er erklärt:

„Es ist niemand, der dem Staate als dem Vertreter der gemeinsamen Interessen die Berechtigung versagt, Sozialpolitik zu treiben, vielmehr sind alle Volkskreise ohne Ausnahme, vor allem aber die Wirtschaft eingeschlossen, von der Ueberzeugung erfüllt, daß ohne das Mittel staatlicher Organisation und staatlicher Ordnung auch die einfachste Sozialpolitik erfolgreich und umfassend nicht betrieben werden kann, weil die Interessenten selbst — und darin ist ja gerade das Wesen der Sozialpolitik begründet — für sich allein den sozialpolitischen Notwendigkeiten zu entsprechen nicht in der Lage sind; dies gilt für beide Teile der Wirtschaft, für die Arbeitgeber ebenso wie für die Arbeitnehmer.“

Dr. Tänzler bezeichnet es als das Vordringlichste, „daß man sich über Wesen und Begriff der Sozialpolitik einig wird“. An manchen Kreisen sei „die Strukturveränderung unseres gesamten öffentlichen Lebens offenbar ungeachtet vorübergegangen. Aufgabe der unabhängigen Wissenschaft ist es, nun endlich einen allgemein gültigen Begriff für das Wesen

und Ziel der Sozialpolitik aufzustellen.“ Hierüber einen „allgemein anzuerkennenden Begriff aufzustellen, darf nicht irgendeinem gesetzgebenden Faktor überlassen werden; der ist dazu unfähig, wie das schänderöse Beispiel der Begriffsbestimmung über die „Arbeitslosigkeit“ zeigt, die die Novelle vom 12. Oktober 1929 zum Arbeitslosenversicherungsgesetz aufstellt“.

Von Interesse ist hier die Charakterisierung des auch stark von der Arbeiterseite angefochtenen § 89 a des Arbeitslosenversicherungsgesetzes. Im weiteren folgt Dr. Tänzler der Auffassung von Wünschuh, „der in seinem Buche „Grenzen der Sozialpolitik“ das Wesen der Sozialpolitik nicht in der Betreuung der Arbeiterschaft als alleinigen Zweck sieht, sondern das Ziel der deutschen Sozialpolitik darin findet, daß sie eine gesunde Gliederung des Volkes, ihre soziale Einigkeit und damit die größtmögliche Entwicklung der produktiven und gesellschaftlichen Kräfte des Volkes erstrebt.“

Dieser Umschreibung über das Wesen der Sozialpolitik kann man im Grunde weitgehendst zustimmen. Es kommt aber auch hier in erster Linie an auf die praktische Umsetzung in Tat und Leben. Dr. Tänzler erhebt, von den Deckungskosten der Sozialversicherung ausgehend, Protest gegen „einen Mißbrauch der Sozialpolitik zu eigensüchtigen Zwecken; sie, die die stolze Aufgabe einer Dienerin am Ganzen zu erfüllen berufen ist, sinkt herab zum Werkzeug, mit dem um die Gunst der Massen gebuhlt wird“. Von dieser Einstellung ausgehend, sieht darin Dr. Tänzler einen „der Hauptgründe für den Niedergang der deutschen Sozialpolitik“. Er glaubt auch, darin „so ziemlich jede Partei“ einschließen zu können.

Die Anklagen Dr. Tänzlers gehen hier wohl aus von üblichen Agitationspraktiken von Sozialdemokratie und Kommunisten. Sie sind aber auf diesem Gebiete bestimmt zu allgemein gehalten und werden der wirklichen Stellung der deutschen Sozialpolitik nicht gerecht. Gerade der neuere Gang der deutschen Sozialpolitik ist ein Beweis dafür, daß auch von der Mehrheit der Parteien und der Arbeiterschaft Sozialpolitik nicht als „allein für die Arbeiterschaft da“ betrachtet wird, sondern von den Gesichtspunkten der Gesamtwirtschaft des deutschen Volkes. Hierin spielt die Führung der deutschen Wirtschafts- und Steuerpolitik hinein.

Abschließend möchte ich aussprechen: Unwürdig wäre unser Volk, wenn es nicht die sittliche Kraft ausbrächte, sein Bestes für die Alten und Schwachen zu leisten. Für die Durchbringung der Anerkennung der sittlichen Verpflichtung des ganzen Volkes zu kämpfen, ist eine unserer gewerkschaftlichen Aufgaben. Hieraus erwächst auch die Notwendigkeit energischer gewerkschaftlicher Tätigkeit.

Karl Gengler.

Soll und Haben

Eine sozialpolitische Bilanz der Regierung Müller-Wissell

Nachstehenden Artikel entnehmen wir der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“, dem Organ des Verbandes der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands. Der Artikel zeigt die Theorie und Praxis der Sozialisten. Angesichts der seit einiger Zeit wieder einsehenden hemmungslosen demagogischen Agitation der Sozialisten, empfehlen wir den Artikel dem ganz besonderen Studium unserer Kollegen.

Nach langwierigen Verhandlungen im Juni 1928 die Regierung Müller-Wissell zustande kam, da knüpften sich an ihren Amtsantritt große Hoffnungen der Arbeitnehmer, besonders auf sozialpolitischem Gebiete. Hatte doch die sozialdemokratische Agitation während des vorausgegangenen Wahlkampfes alles getan, die Erwartungen fast bis ins Unermessliche zu steigern. Nun, da die Regierung gebildet war, in der ein sozialdemokratischer Kanzler die Politik bestimmte, ein sozialdemokratischer Innenminister die innen- und verfassungspolitischen Aufgaben betreute, ein

sozialdemokratischer Arbeitsminister die Macht hatte, die sozialpolitischen Versprechungen zu erfüllen, und ein sozialdemokratischer Finanzminister über die Finanzen verfügte, und damit sachlich zum mächtigsten Manne des Kabinetts ward, von dessen Zustimmung und Geldzuweisungen mehr oder weniger alles abhing, nun, da also ein ungewöhnlich großer politischer Einfluß der Sozialdemokratie in die Hand gegeben war, nun mußte sich zeigen, ob es der Sozialdemokratie Ernst war mit ihren Wahlparolen.

Inzwischen sind fast zwei Jahre vergangen. Die Regierung Müller-Wissell ist nach 21monatiger Amtsdauer zurückgetreten. Da ist es notwendig, einmal in geschlossener Darstellung abzuwägen, was sie in ihrer Regierungszeit sozialpolitisch leistete. „Soll“ und „Haben“ sollen ermittelt, eine Bilanz gezogen werden.

Im offiziellen Wahlausruf (veröffentlicht im „Vorwärts“ Nr. 91 vom 22. April 1928) versprach die Sozialdemokratie

„Der kommende Reichstag entscheidet über das Arbeitszeitgesetz. Die Endschlacht über den Achtstundentag kündigt sich an.“

In der Regierungserklärung vom 3. Juli 1928 im Reichstag unterstrich der sozialdemokratische Reichskanzler Hermann Müller feierlich dieses Versprechen durch folgende Erklärung:

„In der Sozialpolitik beabsichtigt die Regierung die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag.“

Die „Rechtsregierung“ Marx-Sergt-von Keudell schuf 1927 das Arbeitszeitnotgesetz. Die „Linksregierung“ Müller-Wissell steht trotz ihrer großen Versprechen nach fast zwei Jahren Regierungstätigkeit in der Arbeitszeitfrage mit völlig leeren Händen da.

„Sie (die Reichsregierung) wird den bereits vom Reichsrat verabschiedeten Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes dem Reichstag alsbald vorlegen, ebenso auch den zu seiner Ergänzung erforderlichen Entwurf des Bergarbeitsgesetzes.“ (Regierungserklärung vom 3. Juli 1928.)

Seute, nach fast zwei Jahren Minister„tätigkeit“ Wissells, ist das Arbeitsschutzgesetz und Bergarbeitsgesetz um nichts weiter.

Der „Vorwärts“ sucht das zu entschuldigen. Dieser soll schuld sein und jener. Womit der „Vorwärts“ nicht aus der Welt schaffen kann, daß unter der Verantwortung und Ministerschaft Wissells nichts geleistet worden ist.

„Neben dem Arbeitsschutzgesetz wird vor allem die Neugestaltung der Seemannsordnung, des Tarifvertragsrechts und des allgemeinen Arbeitsvertragsrechts zu fördern sein.“ (Reichskanzler Müller in seiner Regierungserklärung vom 3. Juli 1928.)

Das gegebene Versprechen auf Neugestaltung des Tarifvertragsrechts und des allgemeinen Arbeitsvertragsrechts ist von der Regierung Müller-Wissell nicht eingehalten worden.

„Die Reichsregierung sieht in der Unterstützung der Arbeitslosen nur ein leichtes Hilfsmittel, unvergleichlich wertvoller ist alles, was die Arbeitslosen zur Arbeit zurückzuführen“? Die beste Antwort auf diese Frage geben die steigenden Arbeitslosenziffern. Im März 1928 mußten rund 1 Million Hauptunterstützungsempfänger aus der Arbeitslosenversicherung unterstützt werden; im März 1929 rund 1,9 Millionen und im März 1930 rund 2,5 Millionen. — Worte sind Schall und Rauch, Taten beweisen!

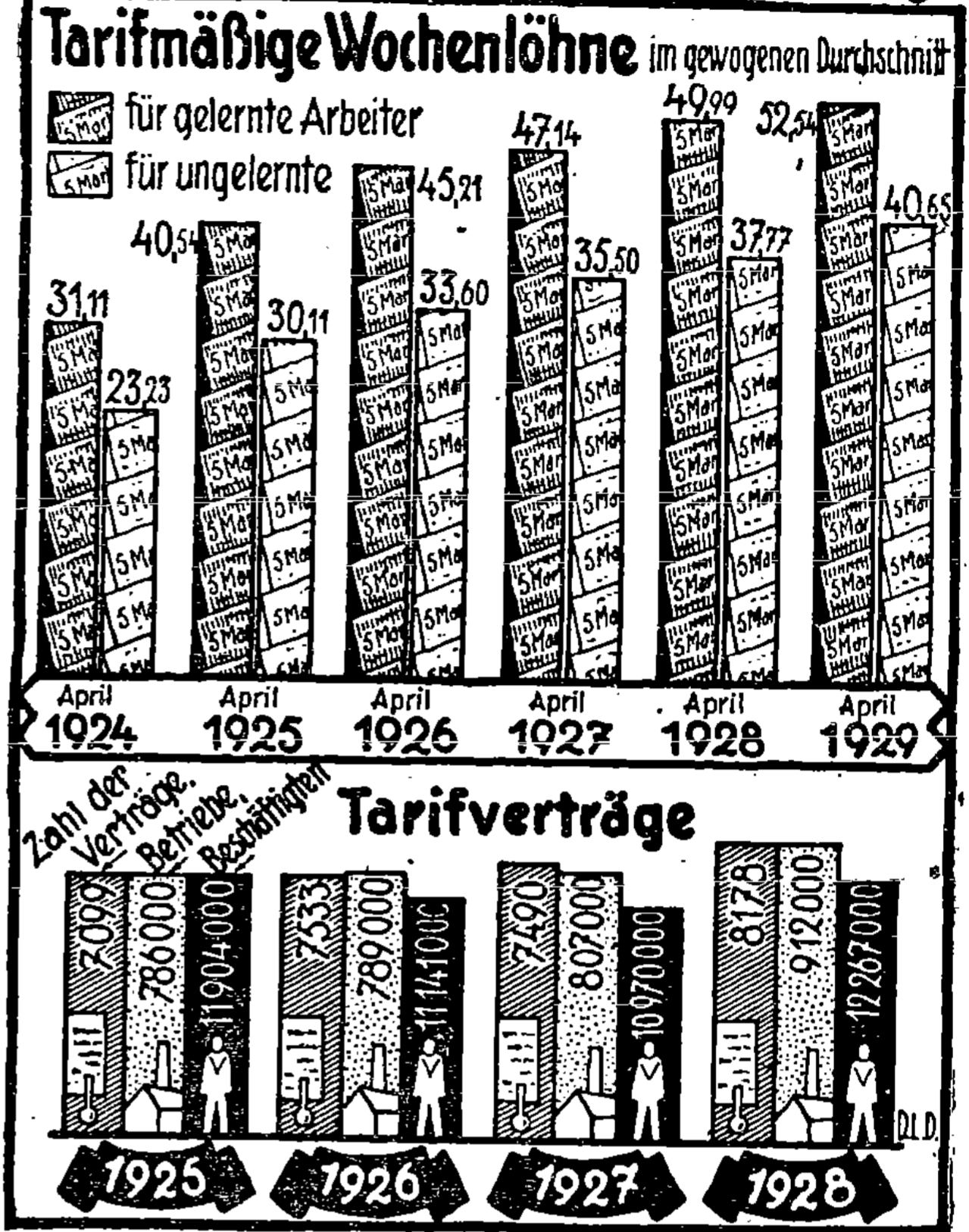
Wir fragen: Was hat die Regierung Müller-Silferding-Wissell wirtschafts-, finanz- oder sozialpolitisch getan, um „die Arbeitslosen zur Arbeit zurückzuführen“? Die beste Antwort auf diese Frage geben die steigenden Arbeitslosenziffern. Im März 1928 mußten rund 1 Million Hauptunterstützungsempfänger aus der Arbeitslosenversicherung unterstützt werden; im März 1929 rund 1,9 Millionen und im März 1930 rund 2,5 Millionen. — Worte sind Schall und Rauch, Taten beweisen!

„Artikel 165 der Reichsverfassung sieht die gleichberechtigte Mitwirkung der Arbeitnehmer in Wirtschafts- und Sozialpolitik vor. Seiner weiteren Verwirklichung dient der Gesetzentwurf über den endgültigen Reichswirtschaftsrat, der in nächster Zeit den Reichstag beschäftigen wird.“

Dieses Versprechen, offiziell vom Reichskanzler Müller in seiner Programmrede gegeben, ist nicht erfüllt worden. Der „Vorwärts“ sucht auch hier wieder so eifrig zu entschuldigen und alle Verantwortung auf den Reichstag abzuwälzen, daß das schlechte Gewissen an allen Ecken und Enden herauschaut.

„Das Los der Kriegsbeschädigten und Kriegserhinterbliebenen zu bessern, entspricht dem einmütigen Willen des deutschen Volkes. In gleicher Weise wird die Reichsregierung bestrebt sein, die öffentliche Wohlfahrtspflege zum Segen der Notleidenden aufs Beste auszubauen, die Kleinrentnerhilfe auf eine von dem Ermessen der örtlichen Fürsorgestellen unabhängige gesetzliche

Tariflöhne und Tarifverträge



Grundlage zu stellen.“ (Regierungserklärung des Reichskanzlers Müller am 3. Juli 1928.)

Die Kriegsbeschädigten und Kleinrentner — mit großen Versprechungen vor den Wahlen angelockt — werden besser als andere eine Antwort darauf geben können, was der sozialdemokratische Arbeitsminister Wissell nun wirklich praktisch für die Behebung ihrer Not getan hat. Ihre Antwort muß vernichtend ausfallen. Nichts! Der „Vorwärts“, der diese vernichtende Kritik fürchtet, sucht die „bürgerlichen“ Parteien schuldig werden zu lassen. Wir fragen: Hat der sozialdemokratische Arbeitsminister Wissell überhaupt den Mut gehabt, diese Frage zur Entscheidung im Reichstag zu stellen? Das „tapfere“ Verstecken des „Vorwärts“ hinter die „bürgerlichen“ Parteien vermag den Gegensatz von Wahlversprechen und Regierungserklärung bei der Sozialdemokratie nicht zu verdecken.

„Es wird weiter zu prüfen sein, ob rücksichtsloser Entlassung älterer Angestellten wirksam gesteuert werden kann.“ (Aus der Programmrede der Regierung Müller-Wissell.)

Die Regierung Müller-Wissell hat so lange „geprüft“, bis sie schließlich nach 21monatiger „Prüfung“ ohne jedes praktische Ergebnis aus dem Amte schied.

„Die Wohnungsnot beeinträchtigt nach wie vor die Gesundheit des Volkslebens. Der Erhaltung des Altwohnraumes und dem Bau neuer Wohnungen wird die Regierung ihre besondere Sorge zuwenden und dabei dem Bedürfnis der unbemittelten und minderbemittelten wohnungslosen Volkskreise, vor allem den neugegründeten und kinderreichen Familien sowie den Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen vorzugsweise Rechnung tragen.“ (Regierungserklärung vom 3. Juli 1928.)

„Mindestens 800 000 Wohnungen fehlen in Deutschland... Schaffung eines ausreichenden Rechtes auf Wohnungen ist unabwendbare Forderung der Sozialdemokraten.“ (Sozialdemokratischer Wahlauftrag vom 22. April 1928.)

Die Wohnungsnot ist nach wie vor gleich groß. Weder die sozialdemokratische Partei noch die sozialdemokratischen Minister haben ihr Versprechen eingelöst.

„Darüber hinaus sind auch andere Maßnahmen zur Erleichterung der Lasten kinderreicher Familien zu treffen.“ (Programmerkklärung der Regierung Müller-Wissell.)

Wenn irgendwo, dann hätte hier der sozialdemokratische Reichsarbeitsminister Wissell anpacken und durchgreifende Hilfe leisten müssen. Aber wie auf allen anderen Gebieten, so hat er auch hier für die kinderreichen Familien nicht das geringste getan.

„Die Reichsregierung wird ersucht:

1. die Krisenfürsorge auf alle Berufe auszudehnen;
2. die Bezugsdauer für die Krisenunterstützung allgemein auf 52 Wochen zu verlängern;
3. die Bezugsdauer der Krisenunterstützung für Unterstützungsempfänger, die über 40 Jahre alt sind, für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit auszudehnen.“ (Sozialdemokratischer Antrag im Februar 1929.)

Als das Zentrum sich bereit erklärte, für diesen Antrag zu stimmen, zog ihn die Sozialdemokratie zurück. Sie hatte den Antrag nur aus Agitationsgründen gestellt. Sie glaubte, das Zentrum würde gegen den Antrag, den ihr eigener Finanzminister Hilferding für undurchführbar erklärt hatte, stimmen. Dann hätte sie ein gutes Agitationsmaterial gehabt. Als das Zentrum aber dafür zu stimmen bereit war, da zog die Sozialdemokratie ihren Antrag zurück. Daraufhin machten sich die Kommunisten den „Spaß“, den sozialdemokratischen Antrag aufzugreifen und als eigenen Eventualantrag neu einzubringen. Jetzt mußte die Sozialdemokratie selbst gegen ihren ursprünglichen Antrag stimmen.

Im Oktober 1928 wurde in der Lohnstreitfrage Nordwestgruppe ein Schiedsspruch gefällt. Vom Reichsarbeitsminister wurde der Schiedsspruch für verbindlich erklärt. Die Unternehmer störten sich nicht daran. Sie setzten sich rigoros über den Schiedsspruch und seine Verbindlichkeitserklärung hinweg und sperrten über 200000 Arbeiter aus. Der sozialdemokratische Reichsarbeitsminister Wissell ließ diese Untergrabung staatlicher Autorität zu, ohne etwas dagegen zu tun. Sein Ministerkollege Severing mußte die Angelegenheit durch seine freiwillige Schlichtertätigkeit in Ordnung bringen. Wahrlich, solange Deutschland einen Arbeitsminister kennt, dessen Sache es ist, für das soziale Recht der Arbeitnehmer einzutreten, und dessen Pflicht ihm bedeutet, Wahrer staatlicher Autorität zu sein, ist ein Minister von gleich trauriger Gestalt wie Wissell in einem grundsätzlichen Entscheidungskampf wie diesen nicht dagewesen.

In geradezu mustergültiger Weise hat der vielverleumdete Zentrumsarbeitsminister Dr. Brauns nach dem Kriege und der Inflation die deutsche Sozialversicherung wieder auf- und ausgebaut. Durch seine Initiative und unter seiner Verantwortung wurden das Tarifvertragsrecht, das Schlichtungswesen und bedeutende andere arbeitsrechtliche Neuerungen geschaffen bzw. ausgebaut. In seine Regierungszeit fallen die Verabschiedung des Reichsnachschaffengesetzes, die Schaffung des Arbeitsgerichtsgesetzes und des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. In gut vier Jahren nach der Inflation steigerte sich durch die zielbewusste Schlichtungspolitik des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns der tarifmäßige Stundenlohn für gelernte Vollarbeiter der höchsten tarifmäßigen Altersstufe von 59,1 Pf. im Januar 1924 auf 103,1 Pf. im April 1928. Diesen Erfolgen gegenüber weiß die Regierung Hermann Müller mit ihrem Reichsarbeitsminister Wissell nichts aufzuweisen. Sie ist — so sehr sie schon auf anderen Gebieten unergiebig war — sozialpolitisch die unfruchtbarste aller Regierungen der Nachkriegszeit gewesen.

Wenn wir diese Feststellungen treffen und eine Bilanz ziehen, dann nur, weil wir gegenüber sozialistischer Demagogie die Wahrheit wieder in den Mittelpunkt rücken wollen. Ein

Teil sozialdemokratischer Wahlversprechen auf sozialpolitischem Gebiete war von vornherein undurchführbar. Die Sozialdemokratie wußte das. Trotzdem gab sie diese Versprechen, und zwar weil sie lediglich die Stimmen der Arbeiterwähler fangen wollte. Es ist ihr nie Ernst damit gewesen, diese Versprechen auch einzulösen. Selbst wenn sie es auch gewollt hätte, sie wäre gescheitert an der Unmöglichkeit. Die irregeleiteten Wähler werden daraus lernen müssen, wie wenig glaubhaft sozialdemokratische Versprechen und Reden oft sind.

— Wenn wir also der Sozialdemokratie zubilligen, daß einige der von ihnen gegebenen Versprechen aus finanz- oder allgemeinpolitischen Gründen nicht durchführbar waren, so müssen wir für andere um so stärker ihre Durchführbarkeit betonen. So z. B. in der Frage der Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Die gewaltig angestiegenen Arbeitslosenziffern wären vermieden worden, wenn die Sozialdemokratie als Partei und ihre Minister in der Regierung den Willen gehabt hätten, die notwendigen wirtschafts- und finanzpolitischen Voraussetzungen für eine entsprechende Wiederbelebung der Konjunktur zu schaffen. Die Sozialdemokratie hat das verabsäumt. Nicht nur verabsäumt; sie hat sich gegen jede vernünftige Wirtschafts- und Sozialpolitik gestäubt. Es ist deshalb zum großen Teil ihrer Entschluß-, Ziel- und Planlosigkeit zu danken, daß die Arbeitslosenzahlen so stark anwuchsen. Gerade die Sozialdemokratie als die stärkste und verantwortlichste Regierungspartei, als die Partei, die von sich immer behauptet, die „alleinige Arbeiterpartei“ zu sein, hätte durch eine weit ausschauende Arbeitsbeschaffungspolitik vorzorgen müssen. Statt dessen hat sie jede Wirtschaftsregung durch ihre chronische Entschlußlosigkeit niedergedrückt und niedergehalten. Heute tragen 3,5 Millionen Arbeitslose die Kosten verabsäumter wirtschafts- und finanzpolitischer Notwendigkeiten. Und wieder andere Gesetzesmaßnahmen, wie z. B. das Gesetz über den endgültigen Reichswirtschaftsrat, hätten geschaffen werden können, wenn nur ein ernsthafter Wille des Reichsarbeitsministers dahinter gestanden hätte. Aber dieser hat gefehlt, bei diesem Gesetz wie bei allen anderen. Darüber vermag nichts hinwegzutäuschen, weder die Entschuldigungsversuche des „Vorwärts“ noch die Agitationsreden des Reichsarbeitsministers Wissell.

Die Sozialdemokratie beginnt wieder ihr altes Spiel der Verheugung und Verdächtigung. Alles, was nicht ihrer Meinung ist, ist „sozialreaktionär“; alles, was eine Regierung unternimmt, an der sie keine Verantwortung zu tragen hatte, ist „gegen die Arbeiter gerichtet“. Gegenüber diesen falschen und verheugenden Behauptungen einmal an Hand von Tatsachen nachzuweisen, was die Sozialdemokratie versprach und was sie erfüllte, sollte Zweck dieser Zeilen sein. Zugleich mag sich die Sozialdemokratie warnen lassen. Es sollte uns nicht schwerfallen, gegenüber ihrer wieder aufgenommenen hemmungslosen Agitationspolitik Recht und Wahrheit herauszustellen und der Arbeiterschaft die sozialdemokratische „Sabotage“ Seite noch deutlicher zu zeigen.

N. G.

Buchbesprechung

„Arbeitsrecht.“ Von Professor Dr. L. Richter, von der Universität Leipzig. Sieben-Stäbe-Verlags- und Druckereigesellschaft m. b. H. Klein, handlich, gebunden, 600 Seiten. Preis als „Gewerkschaftsausgabe“ 4,50 RM.

Das Buch ist unseren Ortsgruppen und Vorträgern nur zu empfehlen. In einer kurzen Einleitung klärt es Begriff, Geschichte und Wesen des Arbeitsrechts und zeigt Grundverhältnisse des Arbeitnehmers zum Arbeitgeber, zum Berufs- und Betriebsgleichen, sowie zum Staate. Sodann bringt es einschlägige arbeitsrechtliche Bestimmungen der Reichsverfassung, des Bürgerlichen Gesetzbuches, der Gewerbeordnung, des Handelsgesetzbuches, die vorläufige Landarbeitsordnung und das Gesetz über die Fristen für die Kündigung von Angestellten.

Es folgt dann der Text von etwa 30 arbeitsrechtlichen Einzelgesetzen und Verordnungen. So über Tarifverträge, Schlichtungswesen, Betriebsrätegesetz in neuer Fassung und vier Nebengesetze: Arbeitszeit, Lohnpfändung, Kinderarbeit, Wöchnerinnenschutz, Frauenarbeit in Gastwirtschaften, Hausarbeit, Arbeitsvermittlung, Arbeitslosenversicherung, Auslandsarbeiter, Schwerbeschädigte, Arbeitsgerichtsgesetz usw. Das Buch kann durch unsere Hauptleitung geliefert werden. Bestellungen sind daher sofort nach hier zu richten.

M.

Verbandsgebiet

Auch vorwärts auf dem harten Boden Flensburgs

Die am 22. März getätigten Betriebsratswahlen auf der Flensburger Schiffswerft zeigten, daß hier im äußersten Norden unseres Vaterlandes noch eine große Zahl von Arbeitern für die christlichen Gewerkschaften zu gewinnen ist. Durch planmäßige Arbeit unserer Vertrauensmänner ist es uns zum erstenmal gelungen, einen Erfolg zu erzielen. Seit der letzten Wahl hatten wir einen Zuwachs von 18 Stimmen. Das Ergebnis brachte für uns Flensburger eine Ueberstärkung. Wir erhielten 110 Stimmen und 1 Betriebsratsmitglied. Wir sind aber mit diesem Resultat nicht zufrieden. Wir müssen noch stärker werden. Die Wahl selbst hat uns auch gezeigt, daß noch eine große Zahl Arbeiter auf unserem Boden stehen und zu den christlichen Gewerkschaften volles Vertrauen haben. F.

Olpe mit an der Spitze

Bei den in den letzten Tagen getätigten Betriebsrätewahlen in der Metallindustrie im Kreise Olpe war in 18 von 28 Betrieben der Christliche Metallarbeiterverband allein vertreten. Es wurde in diesen Betrieben nur eine Liste eingereicht. In 5 Betrieben einigte man sich auf eine Liste und in weiteren 5 Betrieben fand die Wahl nach Listen statt.

Es erhielt der Christliche Metallarbeiterverband 105 (Vorjahr 104) Vertreter, der Deutsche Metallarbeiterverband 23 (22) Vertreter, der Sächs.-Dundersche Gewerksverein 5 (11) Vertreter. Berücksichtigt man dabei die Stilllegung zweier großer Werke, in denen der Christliche Metallarbeiterverband im vorigen Jahre neun Vertreter hatte, ist ein Plus von zehn Vertretern für den Christlichen Metallarbeiterverband zu buchen. G.

Braunsberg im Osten will voran

Im Katholischen Vereinshaus fand die erste Generalversammlung unserer Ortsgruppe statt, welche erst im März vorigen Jahres gegründet wurde.

Der 1. Vorsitzende, Kollege Kuhn, eröffnete die Versammlung. Bei der Begrüßung kann er auch den Kollegen Granrath (Elbing) begrüßen, welcher viel für die Gründung und den Ausbau unserer Ortsgruppe geleistet hat. Der Kassierer erteilt hierauf den Kassenbericht, der schon gute Zahlen aufwies. Kollege Kuhn spricht dem Kassierer seinen Dank aus, da doch Anfangsarbeit die schwerste ist. Hierauf erfolgte die Vorstandswahl, welche die Wiederwahl des gesamten alten Vorstandes ergibt. Im Anschluß daran hält Kollege Granrath einen Vortrag über die großen sozialen und weltanschaulichen Fragen und über Verbands- und Werbearbeit. Der Vortrag, welcher sehr lehrreich war, fand allgemeinen Beifall bei den Kollegen. In der Diskussion sprach Kollege Granrath nochmals über Lohnsteuer und deren Rückerstattung. Ferner wurde vom Vorstand ein kleines Familienfest in nächster Zeit vorgeschlagen, welches von den Kollegen allseitig begrüßt wurde. Nach einem

kurzen Schlußwort schließt Kollege Kuhn die gut verlaufene Versammlung. Kollegen von Braunsberg! Jetzt heißt es, alle Kräfte angespannt, um ein gutes Stück vorwärts zu kommen und unserem Christlichen Metallarbeiterverband immer größeren Boden zu geben. P. K.

Unsere Vorkämpfer in Stolberg

Unsere Verwaltungsstelle hatte wieder zwei Jubilare zu ehren. In Stolberg war es der Kollege Franz Simons, in Breinig der Kollege Hubert Emondts. Die Feier in Stolberg hatte einen großen Saal dicht gefüllt. Die Städtische Kapelle stellte die Musik. Das Gesangquartett Münsterbusch sang seine so gern gehörten deutschen Volkslieder. Unser Heimatdichter Düppengießer trug einige Gedichte von Wieprecht und ebenso einige selbstverfaßte Gedichte vor. Sella Begeisterung rief das Gedicht „Stolberg“ hervor. Unser Freund Szymczak-Eschweiler hielt die Festansprache, in der er den Kampf um die Gleichberechtigung in Staat und Wirtschaft unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse herausstellte. Die Geistlichkeit war fast vollständig erschienen. Der Bürgermeister ließ sich durch einen Beigeordneten vertreten, weil er selbst persönlich anderweitig verpflichtet war. — In Breinig war es gedrängt voll, als die Jubelfeier begann. Das Jugendorchester unter der Leitung des Rektors Kranzhoff, leistete ganz Hervorragendes. Die Gesangabteilung des Katholischen Jünglingsvereins Stolberg St. Luzia hatte sich in liebenswürdiger Weise gerne zur Verfügung gestellt. Die Breiniger Gesangvereine hatten uns im vorigen Jahre einmal „sitzen lassen“, darum stellten sich andere gerne zur Verfügung, damit uns das nicht noch einmal passieren sollte. Die Festansprache hielt der Kollege Henning, Stolberg. Herr Kaplan Schumacher überbrachte die Grüße der Geistlichkeit und erinnerte an die Kämpfe und erfreulicherweise auch festzustellenden Erfolge, die die gewerkschaftliche Arbeit erzielt habe. Seine besondere Mahnung ging an die Eltern, gleich im Anfang ihre Kinder den christlichen Gewerkschaften zuzuführen und nicht warten zu wollen, bis die Kinder älter geworden seien. Gar oft sei es dann schon zu spät. Zwei Gedichte von Wieprecht fanden großen Beifall. Beide Veranstaltungen des Verbandes standen auf sehr beachtlicher Höhe und wurden von den Gästen als wahre Volksbildungsabende bezeichnet. rdg.

Behdors-Wissen gibt Rechenschaft

Die Jahres-Konferenz unserer Verwaltungsstelle Behdors-Wissen war von Delegierten aus der ganzen Verwaltungsstelle gut besucht. Der Leiter der Verwaltungsstelle, Kollege Wilhelm Andree, erstattete den Jahres- und Kassenbericht. Aus demselben war zu entnehmen, daß auch im Jahre 1929 die Verwaltungsstelle eine gute Entwicklung zu verzeichnen hatte. Konnten doch 1929 durch die Mitarbeit der Vertrauensleute 256 neue Mitglieder dem Christlichen Metallarbeiterverband innerhalb der Verwaltungsstelle zugeführt werden. Dies wirkte sich auch im Kassenbericht aus. Auch konnte durch die Rechtschutzfähigkeit der Verwaltungsstelle für deren Mitglieder eine erhebliche Summe herausgeholt werden. An

Ein Arbeitsloser als Kriminalstudent

(Schluß.)

Das war Endtermin und diesen hat der Prozeßbevollmächtigte verstreichen lassen, denn erst am 10. war die Klage schriftlich bei dem zuständigen Arbeitsgericht eingereicht. Jedenfalls konnte ich wahrnehmen, daß das Gericht von der Voraussetzung ausging, die 5+7+5 Tage der Frist, gemäß § 84 und 86 des Betriebsrätegesetzes dürfen nicht zusammengezählt werden, sondern jede Frist ist für sich zu zählen und ich halte es für meine Pflicht, auch aus dieser Praxis des Gerichtes meine Wahrnehmungen niederzuschreiben, die dahin gehen: Mehr Beachtung der Formalität, Fristenwahrung und vor allen Dingen nicht erst die Klagen bzw. Berufungen in letzter Minute einreichen! Besser ein paar Tage zu früh, als zu spät. Während der Verhandlung hörte ich noch, daß außer Slatow die Ansichten der „getrennten Fristen“ vorherrschend ist. Bewunderungswürdig war trotzdem, als das Gericht von sich aus den Arbeitgeber bat, dahin zu wirken, daß eine Weiterbeschäftigung möglich würde, damit dem Kläger aus dem einseitigen Studium von Kommentaren seines Rechtsbestandes keinerlei Schaden entstände. Auf dem Arbeitsamt traf ich den betreffenden Arbeiter wieder und er schimpfte auf seinen „freien“ Gewerkschaftssekretär nicht ohne Recht und erklärte, daß er denselben unter allen Umständen auf vollen Schadenersatz verklagen wollte, da das Arbeitsgericht seinen Einspruch als berechtigt anerkannte, somit die Weiterbeschäftigung bzw. 500 RM als Entschädigung zusprach.

Jetzt kam die letzte Verhandlung und da schlug die Bombe ein. Das war ein Vertreter, der sagte dem Gericht kräftig Bescheid, dann erklärte er dem Arbeitgeber frank und frei, 90% aller seiner Aussagen seien gelogen und die letzten 10% stimmten nicht und dann knöpfte er sich erst einmal den Rechtsanwalt vor. Diesem sprach er erst einmal Sachkenntnis ab, aber oh weh, er hatte ausgerechnet einen der gesuchtesten Rechtsanwältinnen des Westens vor sich, der ihn natürlich nach seiner Art abfertigte. Seine Klage selbst, das muß ich auch ehrlich aussprechen, war recht schlecht vorbereitet, so daß selbst der Arbeitrichter wiederholt eingreifen mußte, um endlich durch Fragestellung usw. die Rechtslage zu

klären. Ich habe die Geduld sehr bewundert. Was fehlte da alles! Die genauen Lohnangaben vor und nach der Betriebseinstellung. Dies mußte um so mehr gewissenhaft vorbereitet sein, da der betreffende Arbeitgeber mit einer Betriebsstilllegung geringere Löhne zahlen wollte. An und für sich waren es schon Löhne „Marke Niedererschleien“. Man merkte es, wie selbst der Arbeitgeberbesitzer mit diesem Gebaren des Arbeitgebers, durch Betriebsstilllegung Lohndruck zu erzwingen, nicht einverstanden war. Bei der Urteilsverkündung stellte ich trotzdem fest, wie gewissenhaft das Gericht seine Urteile fällt und es hat mir eigentlich wehgetan, als der Vorsitzende dem Vertreter des Klägers eine Rüge erteilen mußte. Lernen wir doch alle aus diesen Vorkommnissen, daß es wirklich keinen guten Eindruck hinterläßt, wenn man so die Sandgranatensprache benützt. Alles zu seiner Zeit und am richtigen Ort. Es ist schon besser, lieber mit gutem Material und Geschicklichkeit zu operieren, denn dies hinterläßt auch auf die Richter einen besseren Eindruck. Den Vogel hat der betreffende Vertreter aber noch abgeschossen. Als ich am Schluß durch das Gerichtsgebäude ging, kamen die zwei Landesarbeitsrichter, um gemeinschaftlich ihre „schwere“ Entschädigung abzuholen. Ich habe mich einmal erkundigt, was die Brüder eigentlich verdient hatten und da hörte ich, sie bekämen für 7½ Stunden je 3 RM. Das war für meine Reuglerde eine schallende Ohrfeige, denn ich hatte in den Versammlungen schon einmal behauptet, daß unsere Gewerkschaftssekretäre sicherlich für diese Tätigkeit eine Bombeneinnahme bezögen. In derselben Minute kam auch der Prozeßbevollmächtigte des letzten Prozesses und flugs schmetterte er noch einmal den zwei Richtern einige Grobheiten an den Hals, wie überhaupt ein solches Urteil gefällt werden könne. Das Urteil berge einen Streik in sich. Er wollte es den Arbeitgebern schon beweisen, „wo Barthel den Most holt“. Der Arbeitgeber schüttelte nur den Kopf.

Liebe Leserin und Leser, die Zeilen sind nicht geschrieben, um jemand wehezutun. Wir sollen auch aus den obengeschilderten Eindrücken eines Arbeitslosen etwas beherzigen, der sich vorgenommen hat, soweit es seine „freie“ Zeit gestattet, noch weiter den Sitzungen des Arbeitsgerichtes beizuwohnen, denn es ist wirklich viel zu lernen.

Stempfer-Friese aus Bielefeld

Rechtsschutzfällen wurden 203 erledigt, davon endeten mit vollem Erfolg 146, mit teilweisem Erfolg 13, in 26 Fällen blieb der Erfolg verjagt und 18 Fälle hatten noch der Entscheidung. An Barerfolg waren durch diese Rechtsschutzfälle 26 220 RM zu verzeichnen. Zur Durchführung dieser Fälle waren 109 Auskünfte erteilt, 295 Schriftsätze angefertigt worden und 51 Termine notwendig. Kollege Andree dankte allen Mitarbeitern für ihre Hilfe, da ja nur dadurch ein solcher Erfolg zu verzeichnen gewesen sei und bat auch um dieselbe treue Mitarbeit im kommenden Jahre.

Bezirksleiter, Kollege W. Ales, Sagen, sprach sodann über: „Unsere Aufgaben im Jahre 1930“ Reicher Beifall bekundete, daß die Konferenz mit den Ausführungen des Kollegen Ales einig ging. Es setzte eine rege Diskussion ein. Sodann wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die heutige Jahreskonferenz der Verwaltungsstelle Behdors-Wissen des Christlichen Metallarbeiterverbandes hält eine Reform der Stillelegungsverordnung vom Jahre 1920 bzw. 1923 für notwendig. Insbesondere ist notwendig daß Betriebsstillegungen nur dann erfolgen dürfen, wenn durch einwandfreie Prüfungen die Nichtrentabilität der Werke festgestellt worden ist. Die betroffenen Arbeiter und vornehmlich die älteren Arbeiter sind zu entschädigen.“

Die Konferenz richtet an alle Metallarbeiter die Aufforderung, den Konzentrationsbestrebungen in der Metallindustrie des Siegerlandes größte Aufmerksamkeit zu widmen und durch restlosen Anschluß an die Organisationen die Rechte der Arbeiterschaft sichern zu helfen.

Die Konferenz ist des ferneren der Ansicht, daß nur eine vernünftige Preisbildung des Produktes Gewähr dafür bietet, daß die Wirtschaft im Gange bleibt.

Deshalb ergeht an alle maßgebenden Körperschaften der Ruf, dafür Sorge zu tragen, daß endlich mit dem begonnen wird, was man solange versprochen hat — dem Preisabbau — da nur eine Preisentwicklung vernünftiger Art den Binnenmarkt kaufkräftig erhält und somit dem Volksganzen überhaupt dient.“

Kollege Ales dankte auch seinerseits allen Mitarbeitern für die im vergangenen Jahre geleistete Arbeit.

Nachdem nun noch der bisherige Verwaltungsvorstand einstimmig wiedergewählt wurde, fand die anregende Konferenz ihr Ende.

W. A.

Jahresdelegiertenversammlung Homburgs

Kollege Bongers begrüßte die Delegierten der Ortsgruppen der Verwaltungsstelle Homburg und den Verbandssekretär Delheid (Neunkirchen) und erstattete, nachdem er der beiden verstorbenen Mitglieder Peter und Grief in einem ehrenden Nachruf gedacht, den Kassen- und Geschäftsbericht.

Der Kassenbericht ergab ein günstiges Bild. Die Einnahmen sind gestiegen, beträchtliche Beträge konnten den Kollegen in Form von Unterstützung wieder zugeführt werden.

Aus dem Jahresbericht sind vor allem folgende Zahlen bemerkenswert: Es wurden 211 Mitglieder neu aufgenommen. 3500 Wochenbeiträge wurden mehr erzielt gegenüber dem Vorjahr. Bei den Abgängen

spielen wieder die wirtschaftlichen Verhältnisse eine große Rolle, da durch Ab- und Auswanderung sowie Berufswechsel viele Abgänge verzeichnet werden müssen, die zwar dem Christlichen Metallarbeiterverband Homburg Verlust, anderen christlichen Organisationen aber Zugang bedeuten. Es wurden im verflossenen Jahr mehrere neue Ortsgruppen gegründet. Die Mitglieder des Verwaltungsbezirks verteilten sich auf 63 Ortschaften.

Der Rechtsschutzdienst der Verwaltungsstelle wurde von den Mitgliedern stark in Anspruch genommen. 209 Fälle, die 237 Schriftsätze und 79 Termine erforderten, wurden erledigt. Der ersaßbare Barerfolg betrug 19 743 Frank. Eine lebhaft diskutierte Sitzung schloß sich an den Geschäftsbericht.

Verbandssekretär Delheid (Neunkirchen) sprach dann noch über wichtige Zeitfragen. Sein Vortrag fand reichen Beifall.

Nachdem dann der Ortsverwaltungsvorstand durch zwei neue Mitglieder ergänzt, im übrigen aber einstimmig wiedergewählt war, schloß Geschäftsführer Bongers die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Christlichen Metallarbeiterverband.

B.

Schöner Erfolg bei Borfig in Berlin-Tegel

Unser Christlicher Metallarbeiterverband hatte zu der diesjährigen Betriebsratswahl erstmalig eine Vorschlagsliste eingereicht. Auf diesen Wahlvorschlag entfielen 261 Stimmen und damit ein Sitz im Betriebsrat. Zum zweiten Mandat fehlten 12 Stimmen, die im nächsten Jahr sicherlich nachgeholt werden können. Das Wahlergebnis ist für unsere dortigen Kollegen ein schöner Erfolg und durch intensive gewerkschaftliche Kleinarbeit erreicht worden.

Die „Genossen“ hatten diesmal ihre Taktik geändert. Im Vorjahre waren sie ganz aus dem Häuschen geraten, als christliche Metallarbeiter Wahlvorschlagslisten einreichten, und schrieben sie Flugblätter mit ganz gehässigen Ausfällen gegen Kirche und Christentum. In diesem Jahre versuchten sie uns totzuschweigen. Es entsteht daher die Frage: „Haben die Genossen ihre vorjährigen Tolpatschigkeiten eingesehen?“ oder „haben ihnen ihre ungeratenen moskowitzschen Kinder“ um mit Severing zu reden, „zuviel zu schaffen gemacht?“

Der Wahlausfall beweist, daß eine nicht unerhebliche Anzahl Borfiger Arbeiter von der durch die Genossen und Kommunisten betriebenen Art von wirtschaftlicher Interessenvertretung nicht befriedigt ist. Es muß daher Aufgabe unserer Kollegen sein, hier nachzuhelfen und allen denen, die für zielklare Gewerkschaftsarbeit sind, klarzumachen, daß letztere in den Metallbetrieben nur im Christlichen Metallarbeiterverband geleistet wird.

G. D.

Pioniere von Hüllen und Bulmke

Die Ortsgruppen Gelsenkirchen-Hüllen und Bulmke feierten zusammen ein Fest, wie es nicht oft gefeiert wird. In dem schönen Saale des katholischen Vereinshauses in Hüllen hatten sich die Mitglieder des Christlichen Metallarbeiterverbandes beider Ortsgruppen eingefunden, um das 25jährige Verbandsjubiläum der Kollegen Heinrich Herrmann und Hubert Wilhelm zu feiern. Eine Staffelei mit dem Bilde unseres Gründers, Franz Wieber, leuchtete den Besuchern des Festes entgegen.

Harte Zeiten

Charles Dickens.

XXXV.

Luiße hatte die Hand der Schwester freigegeben. Sie hatte gedacht, wie viel heitrier und fröhlicher doch Jane's Gesicht aussah, als das ihrige jemals ausgehen und hatte darin, nicht ohne ein Gefühl der Bitterkeit, das selbst hier und in dieser Minute in ihr aufstieg, einen Widerschein jenes anderen sanften, freundlichen Antlitzes wahrgenommen, das sich im Zimmer befand — jenes Antlitzes mit den treuen, ehrlichen Augen, welches durch das volle, dunkle Haar noch bleicher erschien, als Nacht und bekümmerte Teilnahme es gemacht hatten.

Als Luiße mit ihrer Mutter allein war, bemerkte sie mit Schrecken, wie sich auf dem Gesicht derselben jene erhabene, ehrfürchtgebietende Ruhe zu verbreiten begann, welche alle diejenigen überkommt, die, nachdem jeder Widerstand vorüber ist, auf dem großen Wasser hinabtreiben, wie es scheint willig und zufrieden, daß der Strom sie mit sich nimmt. Sie drückte den Schatten einer Hand an ihre Lippen und redete die Sterbende an.

„Du wolltest mit mir sprechen, Mutter.“

„Wie! Ja, gewiß, liebe Luiße. Du weißt, dein Vater ist immer abwesend und deshalb muß ich ihm darüber schreiben.“

„Worüber, Mutter? Sasse deine Gedanken zusammen. Worüber?“

„Du wirst dich erinnern, liebe Luiße, daß, wenn ich einmal über irgendeine Sache etwas sagte, man mich nie wieder damit in Frieden ließ, und daß ich es deshalb längst aufgegeben habe, etwas zu sagen.“

„Ich höre dich, liebe Mutter“, sagte Luiße. Aber nur, indem sie sich so nahe als möglich zu ihrem Munde niederbeugte und gleichzeitig die Bewegung der Lippen beobachtete, gelang es ihr, die schwachen, abgebrochenen Laute zu verständlichen Worten aneinander zu reihen.

„Du hast vieles gelernt, Luiße. Ebenso dein Bruder. Alle Arten von — Alogien vom Morgen bis zum Abend. Wenn es noch irgendeine Dlogie gibt, die in diesem Hause nicht traktiert worden ist, so hoffe ich ihren Namen nie zu hören.“

„Ich verstehe, was du sagst, liebe Mutter, wenn du die Kraft hast, fortzufahren“, sagte Luiße, um die schweifenden Gedanken der Sterbenden festzuhalten.

„Aber es gibt etwas — was keine Dlogie ist, und das hat dein Vater vergessen, Luiße. Was es ist, weiß ich nicht. Oft wenn Sissy neben mir saß, habe ich vergeblich darüber nachgedacht, und auch jetzt kann ich mich nicht auf den Namen besinnen. Aber dein Vater wird ihn wissen. Und sieh, das quält mich; deshalb möchte ich ihm schreiben, damit er mir um Gotteswillen sagt, was es ist. Gib mir eine Feder — schnell, gib mir eine Feder.“

Doch selbst die Kraft zur Ruhelosigkeit hatte sie verlassen. Nur der arme Kopf konnte sich noch von einer Seite zur andern wenden. Aber sie glaubte, man habe ihren Wunsch erfüllt und sie halte die Feder, die ihr entfallen sein würde, in der Hand. Emsig begann sie kleine bedeutungslose Figuren auf die Decke ihres Lagers zu zeichnen. — Die Hand hielt bald inne — das Licht, das immer matt und schwach hinter dem verwichenen Transparent geleuchtet hatte, verlosch — und als Frau Grubgrind aus dem Schatten heraustrat, in welchem die Menschen wandeln und sich vergeblich mühen, nahmen selbst ihre Züge etwas von der feierlichen Würde der Weisen und Patriarchen an.

Frau Sparfitts Treppe

Da Frau Sparfitt's Nerven sich nur langsam erholten, so blieb die würdige Frau mehrere Wochen auf Mr. Bounderby's Landsitz, wo sie — unbeschadet der Bescheidenheit, die sich auf das Bewußtsein ihrer veränderten Lebensstellung gründete — mit edler Charakterstärke gleichsam mitten im Kleejutter saß und sich von dem Fette des Landes nährte. Während der ganzen Zeit, daß sie ihrem Posten als Hüterin der Bank untreu war, erwies sich Frau Sparfitt als ein wahres Muster von Beständigkeit und fuhr fort, Mr. Bounderby in sein Gesicht hinein ein Mitleid zu zeigen, wie es selten jemand zu Teil wird, während sie ihn Angesichts seines Porträts ebenso fortgesetzt mit Herzlichkeit und Verachtung einen Einfaltspinsel nannte.

Da Mr. Bounderby jetzt die Ueberzeugung gewonnen hatte, daß Frau Sparfitt eine ausgezeichnete Frau sei, schon weil sie herausgefunden, daß man seine Vorsätze nicht gehörig anerkannte und ihn vernachlässigte

Blumen, die auf weiß gedeckten Tischen standen, machten einen feierlichen Eindruck. Der Ortsgruppenvorsitzende, Kollege Verje, eröffnete mit einer kurzen Begrüßung das Fest und rief allen besonders den Jubilaren und den Damen, die zu diesem Feste auch eingeladen waren, ein herzliches Willkommen entgegen. Ein Prolog, der von einem Kollegen vorgetragen wurde, ging den Jubilaren als erster Glückwunsch zu. Darauf brachte ein Mädchen in Form eines Gedichtes den zweiten Glückwunsch dar und überreichte jedem Jubilari eine Blume. Dann brachten zwei Mädchen einige Geschenke der Ortsverwaltung. Sie hielten aber auch den Anwesenden eine kleine Moralpredigt die folgenden Inhalt hatte: „Die Versammlungen immer fleißig besuchen und nicht am Biertisch schimpfen und fluchen. Für den Verband streben und werben, damit die Unorganisierten bald alle werden.“ Anschließend daran überreichten sie den Jubilaren die Geschenke. Kollege Zilleken hielt dann die Festrede und schilderte darin die Entstehung und Entwicklung des Verbandes anschließend überreichte er den Jubilaren die Ehrenurkunde und die silberne Verbandsnadel. Der 2. Teil des Abends wurde mit ernstern und heiteren Vorträgen und guter Musik ausgefüllt und man saß noch manche Stunde im trauten Kreis beisammen. Noch lange werden die Kollegen dieser Feier gedenken und alle können sie die Zeit der eigenen 25jährigen Tätigkeit nicht erwarten und wünschen alle das erleben zu können, daß sie auch einst mit der silbernen Nadel geschmückt werden.

G.

Vorwärts auch im Erzgebirge

Schorlau bei Aue (Erzgebirge). Das Eis beginnt zu brechen. Seit Jahren wurde von Aue aus versucht in unserem Orte die zahlreichen nichtmarristischen Metallarbeiter unserem Verbands zuzuführen. Jetzt reißt der Erfolg heran. Gegen Jahreswende traten einige beherzte, bisher im DMD organisierte Kollegen zu uns über. Darob allerlei Schmehelien seitens der Genossen. Dies hatte jedoch nur den Erfolg, daß der damit ins Rollen gekommene Stein ein schnelleres Tempo annahm. Es blieb nicht bei den wenigen Kollegen sondern andere, teilweise rot, teilweise nichtorganisierte Kollegen fanden sich dazu, so daß wir heute bereits eine stattliche Zahl von Mitgliedern aufweisen können. Es war uns auch bereits möglich in die Betriebsvertretung eines bisher von den Genossen ganz beherrschten Betriebes hineinzukommen. Als weiteren Erfolg können wir die Tatsache verzeichnen, daß unser Vorgehen bei den Werkmeister-Schule machte, die sich nunmehr zum Teil unserem Deutschen Werkmeister-Bund angeschlossen. Die Aussichten unserer neuen Zahlstelle für die Zukunft sind nicht schlecht. Unter der Parole: Die nichtmarristische Metallarbeiterschaft gehört in den Christlichen Metallarbeiterverband, werden wir mit aller Kraft weiterarbeiten. Unser Ziel ist, in unserem Orte Mehrheitsorganisation zu werden. Wenn alle Mitglieder ihre Pflicht tun, werden wir dies Ziel bald erreichen können.

K. W.

Schramberg ehrt die Jubilare

Am 8. April d. J. konnte unser Kollege, August Zaller, das seltene Fest des 80. Geburtstages begehen. Der Jubilari ist sonst noch sehr tüchtig, außer einem Augenleiden, weswegen er nur mit größter Mühe das Notwendigste sehen kann. Als im Jahre 1899 auch am hiesigen Ort der Christliche Metallarbeiterverband seinen Einzug hielt, ge-

(worin diese Vernachlässigung bestand hätte er freilich um keinen Preis zu sagen vermocht), da er sie darum nicht wissen wollte, gleichzeitig aber die Befürchtung hegte, Luise möchte sich gegen den allzuhäufigen Besuch der Dame ablehnen (wenn es überhaupt denkbar war, daß sie sich einen Widerspruch gegen die Wünsche eines Mannes von seiner Bedeutung erlaubte!), so beschloß er, sich Frau Sparzit auf alle Fälle zu sichern. Als sich deshalb ihre Nerven so weit erholt hatten, daß sie ihre Kalbsbröschen wieder in Einjamkeit verzehren konnte, und ihre Abreise am nächsten Tage bevorstand, sagte er beim Mittagessen:

„Ich will Ihnen was sagen, Frau Sparzit, kommen Sie, so lange das schöne Wetter anhält, jeden Sonnabend herüber und bleiben Sie dann immer bis Montag.“ Worauf Frau Sparzit etwas erwiderte, was, obgleich sie keine Muhamedanerin war, dem Sinne nach etwa klang wie: „Hören ist gehorchen!“

Frau Sparzit war keine poetische Natur; aber sie hatte sich ein allegorisches Phantasiebild geschaffen. Es schien, als ob sich durch das unablässige Belauern Luizens und die gespannte Beobachtung ihres verschlossenen Wesens (eine Tätigkeit, welche Frau Sparzit's ohnehin scharfe Schneide noch mehr schärfte), etwas wie eine schöpferische Kraft in ihr entwickelt hätte. Sie erblickte im Geiste eine große, mächtige Treppe, an deren Fuße ein unheimlicher Sumpf von Schande und Verderben lag — und auf dieser Treppe sah sie Luise von Tag zu Tag, von Stunde zu Stunde tiefer herabsteigen.

Diese Treppe zu beobachten, und zu sehen, wie Luise stufenweise herunterkam, wurde zu Frau Sparzit's Lebensberuf. Manchmal ging es langsam, manchmal schneller; zuweilen nahm Luise mehrere Stufen auf einmal, zuweilen stand sie still — aber sie lehrte niemals um. Wäre sie umgekehrt, Frau Sparzit hätte vor Verdruß und Schmerz den Tod haben können.

Luise war bis zu dem Tage und an dem Tage, da Mr. Bouderyby die obige Einladung zu einem allwöchentlichen Besuche an Frau Sparzit ergehen ließ, beständig treppab gestiegen. Frau Sparzit war deshalb in bester Laune und geneigt, eine Unterhaltung anzuknüpfen.

„Ach, bitte, Sir,“ sagte sie, „wenn ich mir eine Frage in bezug auf einen Gegenstand erlauben dürfte, über den Sie Schweigen beobachten

hörte Kollege Zaller mit zu den Gründungsmitgliedern, und hat selther all die langen Jahre dem Verband in vorbildlicher Weise die Treue bewahrt. Aus diesem Anlaß überbrachte ihm der Ortsgruppenvorsitzende, sowie der erst vor kurzem freigestellte Kollege Meßmer, die herzlichsten Grüße und Glückwünsche auch seitens des Verbandes nebst einem kleinen Geschenk. Möge es dem Jubilari vergönnt sein, noch einen recht langen und zufriedenen Lebensabend zu genießen. An die heranwachsende Generation ergeht der Ruf, die Fahne, den Alten, die sie so lange mit Ueberzeugung vorwärts trugen, aus den Händen zu nehmen, um sie im Kampf und Sturm für unsere Bewegung siegreich zu entfalten.

A. Messmer.

Generalversammlung in Bad Kreuznach

Am Sonntag, dem 6. April 1930, fand im Saale der Konfordia, unsere diesjährige Generalversammlung der Ortsgruppe statt. Durch Rundschreiben unseres Geschäftsführers, Kollegen Kost, waren diesmal eine stattliche Anzahl älterer Mitglieder erschienen. Der Vorsitzende, Kollege Reinders, eröffnete die Versammlung und hieß alle Anwesenden herzlich willkommen. Nach Erstattung des Jahresberichtes wurde die Vorstandswahl vorgenommen. Der neue Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender: Kollege Reinders; 2. Vorsitzender: Kollege Schneider; 1. Schriftführer: Kollege Darsel; 2. Schriftführer: Kollege Schmidt; 1. Kassierer: Kollege Lipp; 2. Kassierer: Kollege Jädel sowie zwei Jugendführer die Kollegen Felden und Dohauer. Darauf ergriff Kollege Kost das Wort. Er gab seiner Freude dahin Ausdruck, daß es endlich einmal gelungen ist, die älteren Mitglieder in unsere Versammlung zu bringen und einen Vorstand zu bilden, der aus Kollegen besteht, wovon viele in früheren Jahren in den vordersten Reihen unseres Christlichen Metallarbeiterverbandes gestanden haben. Kollege Kost streifte die Kämpfe, die die deutsche Arbeiterschaft in den letzten Jahren um ihre Rechte geführt hat. Insbesondere streifte er den Kampf um das Schlichtungswesen im Jahre 1928 und den Kampf um die Sozialgesetzgebung im Jahre 1929. Er betonte, daß man hier im Rheingebiet noch gegen eine andere Seite zu kämpfen habe, und zwar gegen den Terror der Kommunisten. Es gilt für uns als christliche Arbeiter unbedingt in volle Aktivität zu treten. Die Kollegen müssen einmal die Angst vor den Phrasenhelden abschütteln und praktisch mithelfen in der Werbearbeit. Als Mitglieder unseres Christlichen Metallarbeiterverbandes müssen wir lebendige Glieder unserer Bewegung werden und mithelfen unsern Arbeiterstand sowie unsere Organisation vorwärts zu bringen. Mit einem weiteren Ansporn die Werbearbeit allseits tatkräftig zu unterstützen, um unsere Bewegung im hiesigen Gebiete weiter vorwärts zu führen, schloß Kollege Kost seinen Vortrag. An die Ausführenden, Kollege Reinders, allen nochmals recht herzlich und ermahnte alle zur tatkräftigen Mitarbeit innerhalb unserer Ortsgruppe. Ln.

Schwarzenberg-Neuwelt (Sa.) fordert Volksnotopfer

Eine kürzlich abgehaltene Mitgliederversammlung unserer Zahlstelle, zu der auch in Erwiderung unseres kürzlichen Besuches Kollegen aus Schwarzenberg erschienen waren befaßte sich mit der gegenwärtigen Wirtschaftslage und den Aufgaben des Verbandes. Nach längerem Vortrag des Kollegen Weißslog aus Aue und sehr reger Aussprache wurde

— was in der Tat sehr kühn von mir ist, denn ich weiß, Sie tun nichts ohne guten Grund — dürfte ich vielleicht fragen, ob Sie in bezug auf den Diebstahl etwas Neues gehört haben?“

„Nein, Madame, bis jetzt nicht. Und wie die Dinge liegen, habe ich auch gar nicht erwartet, etwas zu hören. Rom ist nicht in einem Tage erbaut worden, Madame.“

„Da haben Sie ganz recht, Sir,“ entgegnete Frau Sparzit, den Kopf schüttelnd.

„Auch nicht in einer Woche, Madame.“

„Auch das nicht,“ entgegnete Frau Sparzit mit melancholischer Miene.

„Und demgemäß kann ich warten, Madame,“ sagte Mr. Bouderyby. Wenn Romulus und Remus warten konnten, so kann Josua Bouderyby auch warten, obgleich die beiden in ihrer Jugend besser dran waren, als ich. Sie hatten eine Wölfin zur Amme, ich hatte nur eine zur Großmutter. Von ihr bekam ich keine Milch, sondern nur Stöße und Puffe.“

„Ah!“ rief Frau Sparzit schauernd.

„Nein, Madame,“ fuhr Mr. Bouderyby fort, „ich habe noch nichts Weiteres vernommen. Aber die Nachforschungen sind im besten Gange, und der junge Tom, der jetzt ziemlich fleißig ist — bei ihm, etwas ganz Neues, denn er ist nicht durch die Schule gegangen, die ich durchzumachen hatte — läßt sich die Sache sehr angelegen sein. Mein Rat ist, daß wir uns still verhalten, und den Schein annehmen, als ob alles schon vergessen wäre, daß wir alles im geheimen tun und kein Zeichen geben, daß wir tätig sind, sonst rotten sich ein halbes Hundert von diesen Burschen zusammen und bringen den Kerl, der sich aus dem Staube gemacht hat, außer Schußweite. Schweigen wir dagegen und halten uns still, so werden die Diebe nach und nach sicher und wir fangen sie.“

„Sehr klug und umsichtig, Sir,“ sagte Frau Sparzit. „Sehr interessant. Und die alte Frau, die Sie erwähnten —“

„Von der alten Frau, die ich erwähnte, haben wir noch nichts Weiteres erfahren,“ sagte Mr. Bouderyby, da sich hier mit nichts prahlen ließ, etwas kurz. „Aber sie kann einen Eid drauf ablegen, daß wir sie

bezüglich der Arbeitslosenfrage folgende Entschliessung einstimmig angenommen: „Zur Frage des Arbeitslosenproblems ist die Versammlung einmütig der Auffassung, daß das von den christlichen Gewerkschaften geforderte Volksnotopfer Wirklichkeit werden muß. Die Arbeitslosigkeit muß als eine Folge des Krieges auch von allen Volksschichten getragen werden. Dies ist möglich, da es den in Frage kommenden Kreisen der Festbesoldeten wesentlich besser geht als den Arbeitern. Häufig gezahlte Kriesegehälter passen nicht in eine Zeit, wo unser Volk vom Ausland Zahlungsnachlaß fordern muß und wo Millionen von Menschen unver-

schuldet bitterste Not leiden müssen. Bei aller Würdigung der Tatsache, daß es auch noch anderen Volksschichten als der Arbeiterschaft schlecht geht, steht die Versammlung auf dem Standpunkt: Dem Ärmsten die Hilfe zuerst! Dem oft recht unverantwortlichen Kampf gegen die Sozialpolitik wollen wir durch unermüdete Werbearbeit für den Verband die verdiente Antwort erteilen.“

Bezüglich der Lohnfrage billigte die Versammlung einmütig die vom 2. Verbandsvorsitzenden in letzter Zeit wiederholt gemachten Ausführungen.

Branchenbewegung



Rahmentarifvertrag und Lohnabkommen für das württembergische Schlossergewerbe

Unterm 1. August 1929 wurde mit dem Schlossermeister-Verband für Württemberg ein Rahmentarifvertrag für das württembergische Schlossergewerbe abgeschlossen, der am 1. September 1929 in Kraft getreten ist. In diesem Tarifvertrag ist es erstmals gelungen, für das württembergische Schlossergewerbe die allgemeinen Arbeitsverhältnisse einer festen Regelung zu unterziehen. Als die wichtigsten Punkte des Vertrages nennen wir die Bestimmungen über Arbeitszeit, Vergütung für Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit, Lohnzahlung, Urlaub, Dienstberechnung (Tarifschlüssel), Auswärtszulagen usw.

Durch den Rahmentarifvertrag haben die organisierten Schlossergefellen Anspruch auf einen Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes erhalten, was bisher nur in Stuttgart der Fall war.

Das weitere Verhandlungsziel galt der Schaffung eines einheitlichen Lohnabkommens als Ergänzung zum Rahmentarifvertrag. Die Verhandlungen darüber zogen sich mehrere Monate hin und drohten wiederholt zu scheitern. Die Gegensätze waren groß. Jeder Innungsvertreter wollte seinen Ort möglichst in die niederste Lohnklasse einreihen. Zum großen Teil erklärten sie, daß sie überhaupt keinen Tarif brauchen, sie hätten mit ihren Schlossergefellen noch nie Schwierigkeiten gehabt, diese seien mit ihren Verhältnissen zufrieden.

Die weiteren Verhandlungen am 3. Januar 1930 führten dann zu einem Ergebnis. Das Land Württemberg wurde in 4 Lohnklassen eingeteilt: Groß-Stuttgart und Oberamtsbezirk Stuttgart bildet eine Sonderklasse. Für die einzelnen Lohnklassen wurden folgende Verhältnisziffer und Löhne festgesetzt:

Verhältnisziffer	Lohnklassen:				
	Sonderklasse	I.	II.	III.	IV.
Lohn	132	120	112	100	92

Die Umrechnung für die einzelnen Altersstufen erfolgt nach dem Tarifschlüssel § 9.

Der Rahmentarifvertrag vom 1. August 1929 und das Landeslohnabkommen vom 5. Januar 1930 sind durch Entscheidung des Reichs-

arbeitsministers mit Wirkung ab 1. März 1930 für allgemein verbindlich erklärt. Damit sind auch die außerhalb des Schlossermeister-Verbandes für Württemberg stehenden Meister zur Durchführung der vertraglichen Bestimmungen verpflichtet.

In den Gefellen und Lehrlingen im Schlossergewerbe liegt es, sich überall entschieden gewerkschaftlich zu rühren, damit die Durchführung der Verträge zur Tat wird. Ohne Organisation geht dies nicht; denn nicht der einzelne ist Vertragspartei, sondern die Organisation für die organisierte Kollegenschaft. Es wäre auch unehrenhaft, beschämend und schädlich, als „Drohne“ und bloßer Ruhnieser draußen zu stehen, ohne sich an der Verbandsarbeit zu beteiligen. Ohne starke Gewerkschaftsorganisation auch keine Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse. Darum Anschluß an den Christlichen Metallarbeiterverband Deutschlands. K. G.

Abschluß der Fachkurse für Elektro-Monteur und Lehrlinge

Vor kurzem fand in Essen der Abschluß der Kurse für Elektro-Monteur statt. Derselbe begann im Oktober 1929 und hatte 20 Kursusabende. Durchschnittlich nahmen an jedem Abend 41 Elektro-Monteur teil. Eine besondere Note hatte der Abschlußabend insofern, als die Elektro-Lehrlinge und die Elektro-Branche ebenfalls eingeladen waren und durch eine kurze Unterrichtsveranstaltung sahen, welche gute Erfolge bei einer intensiven Schulung zu verzeichnen sind, und wurde der Wunsch geäußert, im Herbst wiederum einen weiteren Kursus für Elektro-Monteur zu veranstalten. Die Erkenntnis, daß sich nur solche Facharbeiter für die Zukunft behaupten können, die eine gründliche Berufsausbildung haben, gewinnt bei unseren Kollegen immer mehr Boden.

In der gleichen Weise fand dann gleichzeitig auch der Abschluß des Kursus für Elektro-Lehrlinge statt. Dieser dauerte 12 Wochen und war der Besuch recht eifrig seitens der jungen Kollegen und nahmen durchschnittlich an jedem Abend 26 Elektro-Lehrlinge teil. Bemerkenswert hierbei ist, daß über die Hälfte an den 12 Abenden nie gefehlt haben.

Beide Kurse wurden von Herrn Oberingenieur Wolf geleitet und ist es seiner Arbeit zu verdanken, daß die Kollegen so eifrig mitgearbeitet haben.

erwischen, wenn ihr das zur Beruhigung gereicht. Im ganzen, Madame, bin ich der Meinung, wenn Sie mich danach fragen, daß je weniger man davon spricht, je besser ist.“

An demselben Abende, als Frau Sparfit von dem Paden ihres Koffers ausruhend am Fenster saß, und auf ihre Phantastertreppe blickte, sah sie Luise abermals abwärts steigen.

Sie saß mit Mr. Harthouse in einer Laube im Garten und unterhielt sich leise mit ihm. Er stand neben ihr, beugte sich flüsternd nieder und sein Gesicht berührte ihr Haar beinahe — „wenn nicht ganz,“ sagte Frau Sparfit, indem sie ihre Falkenaugen aufs äußerste anstrenzte. Sie war zu entfernt, um ein Wort von der Unterhaltung hören zu können und schloß nur aus der Haltung der beiden, daß sie leise redeten. Ihr Gespräch war folgendes:

„Sie erinnern sich des Mannes, Mr. Harthouse?“

„Ganz genau.“

„An sein Gesicht, seine Art und Weise, an das, was er sagte?“

„Ganz genau. Er schien mir ein schrecklich trockener Mensch zu sein. Langweilig und prosaisch im höchsten Grade. Es war recht geschickt von ihm, sich als Tugendprediger aufzuspielen; aber ich versichere Sie, daß ich gleich damals dachte: alter Junge, du tust des Guten ein bißchen zu viel!“

„Es wird mir schwer, schlecht von dem Manne zu denken.“

„Aber Sie wissen auch nichts Gutes von ihm?“

„Kein.“

„Auch nicht von andern Personen seiner Klasse?“

„Wie kann ich das, wenn ich überhaupt nichts von diesen Leuten, weder von Männern noch von Frauen weiß?“

„So gestatten Sie Ihrem ergebenen Freunde, Ihnen ein Bild von denselben zu entwerfen, meine liebe Frau Boudierby,“ jagte Mr. Harthouse. „Ich habe Gelegenheit genug gehabt, die verschiedenen Arten untrer lieben und vortrefflichen Mitmenschen kennen zu lernen — bean vortrefflich sind sie, das bin ich gern bereit zu glauben, trotz der kleinen Schwäche, sich anzueignen, was sie kriegen können. Dieser Mensch redet Gut — aber jeder Mensch redet. Er bekennt sich zu moralischen Grund-

sätzen. Richtig — aber jeder Feuchler bekennt sich dazu. Vom Unterhause bis zum Korrektionshause hört man nichts als Moral von allen, außer von den Leuten, die zu uns gehören, und der Umstand, daß wir eine Ausnahme machen, ist schon erquidlich. Sie haben gehört und gesehen, um was es sich handelte. Ein Mann aus den unteren Volksklassen wurde von unterm verehrten Freunde, Mr. Boudierby — welcher, wie wir wissen, nicht die nötige Zartheit besitzt, um den Griff einer harten Hand zu mildern — streng zurechtgewiesen. Jener Mann aus den untern Klassen fühlte sich beleidigt und verletzt, verließ voll Aerger das Haus, begegnete jemand, der ihm vorschlug, sich an einer Beraubung der Bank zu beteiligen — er beteiligte sich, steckte etwas Geld in die Tasche, die vorher leer war, und fühlte sich darauf wesentlich befriedigt. Jedenfalls müßte er ein ungewöhnlicher Mann gewesen sein, anstatt ein gewöhnlicher, wenn er die Gelegenheit nicht hätte benutzen sollen. Vielleicht ging auch der Plan von ihm selbst aus — wenn er schlau genug dazu war.“

„Ich empfinde es beinahe als eine Schlechtigkeit,“ sagte Luise, nachdem sie eine Weile nachgedacht hatte, „daß ich so gern bereit bin, mit Ihnen übereinzustimmen, und mir durch das, was Sie sagen, das Herz erleichtern zu lassen.“

„Ich sage nur, was die Vernunft uns lehrt, nichts Schlimmes,“ entgegnete Mr. Harthouse. „Ich habe die Sache mehr als einmal mit meinem Freunde Tom besprochen — wir stehen nämlich sehr vertraulich zueinander — und er ist ganz meiner, ich bin ganz seiner Ansicht. Wollen wir noch ein wenig gehen?“

So schlenderten sie weiter durch die Laubgänge, welche anfingen, sich in Dämmerung zu hüllen. Sie stützte sich auf seinen Arm und ahnte nicht, wie sie immer tiefer und tiefer auf Frau Sparfit's Treppe hinabschritt.

Tag und Nacht behielt Frau Sparfit diese Treppe im Auge. Sobald Luise unten angekommen und in dem Abgrunde verschwunden war, mochte sie über ihr zusammenstürzen, wenn sie wollte; aber bis dahin mußte sie vor Frau Sparfit's geistigem Auge aufgerichtet bleiben — und Luise stand auf der Treppe und glitt langsam von Stufe zu Stufe abwärts, abwärts. (Fortsetzung folgt.)

Der Hammer

Jugendchrift des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands

Nummer 11

Duisburg, den 31. Mai 1930

11. Jahrgang

Die Jugend bedarf des Verbandes

Die Jugendbewegung unseres Christlichen Metallarbeiterverbandes hat sich in den letzten Jahren in einem recht erfreulichen Maße entwickelt. So stieg seit 1926 unsere Gesamtmitgliedschaft bis Ende 1929 um rund 72 %, während im gleichen Zeitraum die Zahl unserer Mitglieder in den

Altersgruppen von 14 bis 21 Jahren um 105 % gewachsen ist. Das ist sicher ein gutes Ergebnis planvoller gewerkschaftlicher Jugendarbeit und ebenso sehr ein erfreulicher Beweis für das wachsende gewerkschaftliche Verständnis der erwerbstätigen Jugend. Und doch wäre es falsch, wenn man angesichts dieser Entwicklung den Blick verschließen wollte vor den überaus großen Zahlen junger Menschen, die noch abseits der gewerkschaftlichen Organisation stehen. Nach der Berufs- und Betriebszählung des Jahres 1925 waren damals an Lehrlingen vorhanden:

In der Eisen- und Metallgewinnung . . .	16 281
In der Herstellung von Eisen, Stahl- und Metallwaren . . .	131 700
Im Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau . . .	148 238
In der elektrotechnischen Industrie, Feinmechanik und Optik . . .	50 222
In der Musikinstrumenten- u. Spielwarenindustrie	5 612

Insges. in der Industrie 352 053

Außerdem befanden sich in den Betrieben des Eisen- und Metallhandwerks 134 492 Lehrlinge, so daß also insgesamt in diesen beiden Zweigen 486 540 Lehrlinge beschäftigt waren. Wir greifen demnach nicht zu hoch, wenn wir die Zahl aller jungen Menschen von 14 bis 21 Jahren in der deutschen Eisen- und Metallindustrie auf über 700 000 schätzen. Wenn wir diese Zahl ins Auge fassen, dann schrumpft das an sich so erfreuliche Ergebnis gewerkschaftlicher Jugenderfassung doch schwer zusammen. Dann erst zeigt sich uns erneut die ganze Größe unseres Organisationsfeldes und auch unserer Werbepflicht. Es liegt im Interesse der jungen Menschen selbst, wenn wir einen möglichst großen Kreis aus ihren abseitigen Interessen erlösen und ihnen Sinn- und Verständnis beibringen für die Bedeutsamkeit der gewerkschaftlichen Arbeit.

Man hat die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung vielfach zu einem Zerrbild zu machen versucht. Nach der landläufigen Ansicht übelwollender, antisozialer Kreise soll sie lediglich das Produkt wüster Zege sein. Es wäre schlimm um die geistige Verfassung der Urheber und Nachbeter einer solchen Ansicht bestellt, wenn sie selbst im Ernst daran glauben würden. Nein, man weiß genau

auch in diesen Kreisen, daß die Gewerkschaftsbewegung letzten Endes die Erhebung eines Standes aus den tiefen Niederungen eines entwürdigenden Daseins, Besinnung des Menschen Arbeiter auf gottgegebene Menschenwürde, Erlösung des Arbeiters aus dem proletarischen Dahinleben ist. Die Wurzeln der Gewerkschaftsbewegung liegen nicht in der Zege einzelner Personen, sondern in der schmachvollen Art, mit der die bürgerliche Wirtschaftsgesellschaft einen ganzen bedeutsamen Stand von sich stieß und als ausgestoßen behandelte. Wir brauchen hier auf Einzelheiten nicht einzugehen. Das ist in früheren Artikeln zur Genüge geschehen.

Seitdem hat sich außerordentlich vieles gebessert. Nur durch die gewerkschaftliche Arbeit. Wir betrachten heute das Vorhandensein von Tarifverträgen, unsern Urlaub, unsere bessere Position im Wirtschafts- und Gesellschaftsleben als Selbstverständlichkeiten. Besonders die Jugend empfindet vielfach nicht, daß es eines unermüdbaren, zielbewußten Ringens bedurfte, um Fortschritt an Fortschritt zu reihen.

Dabei dürfen wir besonders nicht vergessen, daß alle erzielten Fortschritte nicht ohne weiteres für eine Ewigkeit ge-

schaffen werden konnten. Wer die Augen offen hält, der erkennt deutlich, wie sehr alle diese Fortschritte unseres Standes weiten Kreisen unangenehm sind. Der antisoziale Geist der vororganisierten Zeit ist auch heute noch nicht ausgestorben, und er arbeitet mit einer Zähigkeit und einer Energie, die einer besseren Sache würdig wäre, an der Wiederherstellung seiner alten Position.

Wehe der Arbeiterschaft, wenn nicht starke gewerkschaftliche Organisationen als mächtige Schutzdämme gegen diesen unsozialen Geist vorhanden wären. Ohne diese würde sie wieder in die alten Niederungen der Not und der Entwürdigung hinabgestoßen werden.



Jugendwanderer

Das Los der Arbeiterschaft aber ist auch das Los der arbeitenden Jugend. Wie töricht ist doch die Jugend, welche diese Tatsache nicht sieht oder nicht sehen will. Der Einfluß der Gewerkschaft und ihr Erfolg ist aber an ihre Mitgliederzahl gebunden. Nun sind aber viele von den Menschen, welche unsere Bewegung schufen, nicht mehr unter uns. Die Lücken müssen immer wieder ausgefüllt werden, wenn der Einfluß der Organisation Bestand haben soll. Das so häufig mißbrauchte Wort: „Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft“, gewinnt in diesem Zusammenhang eine besondere Beleuchtung. Die Jugend hilft gewißlich, den Verband zu stärken und durch ihre Mitgliedschaft seinen Einfluß zu erhalten und zu mehren; aber sie dient sich damit letzten Endes selbst, weil ihr ja, den jung im Leben Stehenden, der Erfolg ihrer eigenen gewerkschaftlichen Arbeit am meisten zugute kommt.

Wir haben mit voller Absicht, ohne in die Einzelheiten der gewerkschaftlichen Tagesarbeit hineinzustiegen, einmal diese Seite der Bedeutsamkeit des Verbandes für die Jugend aufzeigen wollen. Die gewerkschaftlich interessierte Jugend handelt also klug. Sie schafft sich nicht nur starke und wirksame Hilfe im Lehr- und Arbeitsverhältnis. Nein, sie hilft sich selbst den Weg bereiten zu einem hochgeachteten und gewerteten Arbeiterleben.

Aus dieser Erkenntnis ergibt sich aber eine ernste Schlussfolgerung: Junggewerkschaftler sein bedeutet nicht nur lässiges Mitlaufen, sondern lebendiges, aktives Mitun. Alle unsere Jugendgruppen müssen in diesem Sinne starke Triebkräfte unablässiger Werbung sein. Keine einzige darf versagen in der Werbearbeit für unseren Verband.

Alter und Jugend

Es ist viel grober Unfug mit dem Begriff „Junge Generation“ getrieben worden. Bei den Alten und bei den Jungen. Die Alten sind auch heute noch nicht ganz selten die den Sturm und Drang, der jeder aktiven, nur am reinen Ideal sich orientierenden Jugend eigentümlich ist, für eine unverbesserliche Unreife gerade der gegenwärtigen jungen Generation halten, die sie zum Leben und zur Führung unfähig mache, und der man kein verantwortliches Amt übertragen könne. Schlimmer sind jedoch jene ewig Jugendbewegten, die den Anschluß an die Reife des Mannesalters verpassen, weil sie ihr aus Restweisheit und Theorie zusammengesetztes Weltideal an den Realitäten des Lebens zu erproben keine Gelegenheit fanden oder aber sich den Weg dazu selber verbauten. Sie halten sich bis ins höchste Greisenalter hinein für die monopolisierte, echte „junge Generation“ die allein die Welt zu erneuern imstande ist, aber daran gehindert wird durch die veraltete und korrupte Umgebung. Ihnen schreibt in Heft 4/1930 der „Stimmen der Jugend“, Alex Drenker folgende treffende Wahrheiten ins Stammbuch. „Viele hoffnungsvolle Menschen aus der Jugendbewegung haben vom Leben nichts gelernt und werden immer mehr schuld daran, daß von einem siegesfrohen Auszug nichts übrig bleibt als ein Haufen Schutt, der nicht einmal mehr zur Tragödie reicht. Ein junger Mensch mit dem Wesen eines Alten ist eine Karikatur; ein Mann mit den Wesensmerkmalen des Jünglings ist ein Unglück. Die Unterscheidung von Alten und Jungen, wie sie bei uns üblich ist, ist deswegen so leichtfertig, weil sie durch jahrelange, mißbräuchliche „Anbetung“ unserer Jugend in nicht zu überbietender Uebertreibung alle „Jungen“ für Berufene, Reformatoren, Propheten und

Welterneuerer, und alle „Alten“ für mehr oder weniger große Trottel hält, die nur aus Eigennutz und Verbohrtheit ihre einzige Bestimmung nicht erkennen abzutreten und uns Plag zu machen. Dieser naive Hochmut verdunkelt uns den Blick für die einfachsten Dinge. Ich halte das Jungsein für eine Angelegenheit die man möglichst nicht allzu lange hinausziehen soll. Denn nicht das Reifen ist schön, sondern das Reifsein. Laßt uns also die Gegensätze zwischen Alten und Jungen nicht künstlich und über das notwendige Maß vertiefen und sagen wir endlich „Alte und Junge“ was schon lange bitter not tut.“ Das ist der erfreuliche Ausdruck einer Erkenntnis, die in der christlichen Gewerkschaftsjugend seit jeher Platz hatte, auch in der noch nicht lange zurückliegenden Zeit, wo sie deshalb von den „echten“ Jugendbewegten als „unjugendliche“ „Außenleiter“ über die Achsel angesehen wurde. Diese Erkenntnis wird um so mehr an Boden gewinnen, als man der Jugend die Möglichkeit gibt, in einen Beruf hineinzuwachsen, in dem sie sich als verantwortliches und wertiges Glied des Ganzen fühlen und betätigen kann.

SS.

Lehrlingsentlassung infolge Betriebsstilllegung

Zwei Lehrlinge waren in einem Betriebe zu Herbede, der Gießerei und Federnfabrik umfaßt, als Schlosserlehrlinge bei vierjähriger Lehrzeit eingestellt. Die Ausbildung des einen Lehrlings erfolgte in der Gießerei, die des anderen in der Modellschlosserei. Im Lehrvertrag befand sich die Bestimmung daß die Firma berechtigt sei, das Lehrverhältnis vorzeitig zu lösen, falls sie den Betrieb ganz oder teilweise stilllegen müsse.

Als sie nun im November 1929 ihren Gießereibetrieb stilllegte, wurden beide Lehrlinge entlassen. Die gesetzlichen Vertreter der Lehrlinge erhoben Klage zur Feststellung, daß das Lehrverhältnis fortbestehe und die Beklagte verpflichtet sei, den Klägern den Lohn bis zum Tag der Wiedereinstellung in Höhe von 193,55 RM zu zahlen. Das Arbeitsgericht Bochum wies am 7. Januar 1930 die Klage ab, weil die Erfüllung des Vertrages, nämlich die Ausbildung im Gießereibetrieb durch deren Stilllegung unmöglich geworden sei, wenn auch die besonderen Kündigungsbestimmungen im Lehrvertrag unwirksam seien.

Gegen dies Urteil wurde Berufung beim Landesarbeitsgericht Dortmund eingelegt. Dasselbe betonte ebenfalls, daß Par. 127b der GG die Gründe zur vorzeitigen Auflösung des Lehrverhältnisses abschließend und zwingend regelt. Das heißt also, daß die Festlegung anderer Gründe unwirksam sei. Wenn man die Vereinbarung sonstiger Gründe zulasse, so würde der Zweck des Lehrvertrages als Ausbildungsvertrag und Par. 127 GG vereitelt.

Es frage sich daher nur noch, ob die Erfüllung des Lehrvertrages unmöglich geworden sei. Das Berufungsgericht verneinte diese Frage. Die Federnfabrik wurde weiter betrieben. Dort seien Schlosser und sogar Schlosserlehrlinge beschäftigt, so daß auch die beiden Lehrlinge dort beschäftigt und ohne Schädigung der anderen Lehrlinge weiter ausgebildet werden könnten.

Das Landesarbeitsgericht verurteilte demgemäß die beklagte Firma, das Lehrverhältnis mit den beiden Lehrlingen fortzusetzen und an sie zusammen 193,55 RM zu zahlen, sowie die Kosten des Rechtsstreits zu tragen.

Dieses Urteil (X S. 47/30) ist nur zu begrüßen, weil es sich gegen einen heute sehr häufig anzutreffenden Geist wendet, den man nur als gräßliche Pflichtvergessenheit bezeichnen kann. Auch wird in beiden Gerichtsprüfungen übereinstimmend betont, daß besondere, über die Bestimmungen der GG hinausgehende Kündigungs Klauseln im Lehrvertrag absolut keine rechtliche Bedeutung haben.

Etwas von den Elementen der Technik

G. Baumann.

Die Technik ist heute längst über die Fabrikmauern hinausgeklettert und hat sich nahezu alle Gebiete des Lebens erobert. Wo uns aber die Kinder der Technik im täglichen Leben entgegen treten, sind sie in eine so einfache und gefällige Form gekleidet daß man ihnen ihre Abstammung gar nicht mehr ansieht. Jedes Kind kann die technischen Vorrichtungen des Alltags bedienen. Das Automobil z. B. hat längst aufgehört, eine „Maschine“ zu sein. Die Riesenkräfte des Motors sind gefesselt, weich und leutlos gleitet der Wagen dahin, beherrscht durch wenige Handgriffe. Wir Techniker können auf diese Entwicklung stolz sein, namentlich die Älteren, die noch erlebt haben, wie man früher über die Unvollkommenheiten der Maschine überall Witze machte. In einer Besetzung bietet jedoch diese Vollkommenheit eine große Gefahr. Sie verleitet uns zu leicht, die technischen Hilfsmittel gedankenlos zu benutzen, ohne in das Wesen dieser Dinge tiefer eingedrungen zu sein. Für eine Hausfrau ist es zwar nicht notwendig, etwas von Volt und Ampere zu wissen, wenn sie ihr elektrisches Bügeleisen in Tätigkeit setzt, obwohl es gewiß nichts schaden könnte, eine Schande aber ist es, wenn ein Techniker, und hierzu rechne ich alle, die in Gewerbe und Industrie tätig sind, über diese Dinge nichts weiß. Dabei bauen sich ja die naturwissenschaftlichen Gesetze so klar aufeinander auf, daß man tatsächlich nur einmal die Grundlagen begriffen haben muß, um selbst weiter kommen zu können. Aber Klarheit und Genauigkeit in der Definition der Grundbegriffe sind vor allem notwendig.

Mit was befaßt sich hauptsächlich die Technik? Mit Kräften.

Hier gilt es schon eine Klippe zu umschiffen. Wie oft hören wir selbst von Technikern sagen: die Maschine hier gibt Kraft. Dabei ist dies gar nicht der Zweck der Maschine. Sie soll Arbeit leisten. Welcher Unterschied besteht nun zwischen Kraft und Arbeit. Wir stellen zwischen

die Platten einer Buchdruckpresse eine Stahlspiralfeder und schrauben solange zu, bis die Feder ziemlich zusammengedrückt ist. Wir können jetzt sagen, die Feder drückt mit einer bestimmten Kraft auf die Platten. Hier haben wir also das Beispiel einer Kraft. Wir können aber bis an's Ende der Welt warten, diese Kraft wird niemals gleich Arbeit sein. Setzen wir uns auf einen Stuhl so üben wir auf den Stuhl eine bestimmte Kraft aus. Das wird der schon merken, der zufällig seinen Fuß unter einem Stuhlbein hat. Wir werden aber niemals behaupten können, daß wir mit dieser Kraftausübung schon Arbeit leisten. Eine solche Arbeitsleistung wäre außerordentlich bequem und würde sicherlich viele Anhänger finden. Wir haben jetzt schon zwei Kräfte kennen gelernt. Die Spannkraft einer Feder und das Gewicht eines Körpers, welches man auch als Schwerkraft bezeichnet weil man annimmt, daß die Erde jeden Körper mit einer Kraft anzieht, die gleich dem Gewicht des Körpers ist. Die Technik kennt noch andere Kräfte. Salten wir an einer Fahrradpumpe den Schlauch zu und drücken den Kolben hinunter, so spüren wir, wie die zusammengedrückte Luft mit einer bestimmten Kraft nach oben drückt. Die Luft ist wie die Stahlfeder zusammengedrückt. Wir sprechen deshalb auch von einer Spannkraft der Gase. Die bekannteste Gaspannkraft ist die des Wasserdampfes. Hier sprechen wir von Dampfpannkraft. Wenn wir mit einem Stückchen Eisen in die Nähe eines Magneten kommen, so empfinden wir ebenfalls die Kraft, mit welcher der Magnet das Eisen anzuziehen sucht. Diese geheimnisvolle Kraft nennen wir magnetische Kraft. Damit sind wir bereits am Ende der Kräfte angelangt, welche der Technik zur Verfügung stehen. Wir haben also: Schwerkraft, Federkraft, Spannkraft der Gase, Magnetische Kraft.

Salt! Fast hätten wir eine Kraft vergessen. Aber die spielt in der heutigen Technik eine so kleine Rolle, daß dies zu entschuldigen ist. Ich meine die Muskelkraft, also auch eine Art Spannkraft.

(Fortsetzung folgt.)



Jugendstimmen

Die Frühjahrsjugendtagung des Saarbezirks

„Gut besucht und glänzend verlaufen“. Damit wäre der Bericht im Telegrammstil gegeben. Rund zweihundertfünzig Jugendliche aus ca. 60 Orten des Saargebietes und der angrenzenden Westpfalz waren zu dieser Konferenz im blumengeschmückten Saale des Johannishofes in Saarbrücken erschienen. Waren gekommen, obwohl nicht Spiel und Zerstreuung winkte, sondern der Bezirksleiter, Kollege Dick sehr ernste Dinge mit seinen örtlichen Jugendführern zu besprechen hatte.

Ein gemeinsames Lied eröffnete nach den herzlichen Begrüßungsworten des Bezirksleiters die Tagung. Dann sprach der Jungkollege Schach den ersten Prolog. Mittlerweile war auch Kollege Mauer von der Verbandszentrale erschienen und überbrachte die Grüße des Hauptverbandes betonend, daß derselbe gerade die Entwicklung der Jugendbewegung im Saargebiet besonders aufmerksam verfolgte.

Bezirksleiter Kollege Dick sprach dann über das Problem: „Die Arbeiterjugend des Saargebietes und ihre wirtschaftspolitischen und kulturellen Aufgaben“ instruktiv und fesselnd.

Ausgehend von der meist von Unberufenen geführten Polemik über eine angebliche tiefe Kluft zwischen Alt und Jung betonte Kollege Dick, daß es im Christlichen Metallarbeiter-Verband keine Spannung zwischen Alt und Jung gäbe. In unserem Verband gibt es nur Kollegen und Schicksalsgenossen die einig sind im Willen und Ziel Dienst an der Arbeiterschaft und damit am Volksganzen steht an erster Stelle. Rationale Zuverlässigkeit, wirtschaftliches Denken unter Achtung von Unternehmer und Arbeiter als mitverantwortlicher Träger der Wirtschaft. Ablehnung parteipolitischer Experimente in wirtschaftlichen Fragen und Verteidigung des christlichen Kulturgutes unseres Volkes sei die Parole, mit der die christliche Metallarbeiterjugend ihr Teil an dem Aufstieg unseres Vaterlandes beitragen will. Gegenüber dieser wichtigen volks- und staatserthaltenden Einstellung sei die Haltung aller derer abwegig, die noch glaubten durch Festhalten überalterter Anschauungen die Mitwirkung der Gewerkschaften bei Regelung der Lehrlingsverhältnisse der Arbeiterjugend ausschalten und bekämpfen zu müssen. Nicht Kampf dürfe die Lösung sein, sondern vertrauensvolles, ehrliches Zusammenarbeiten. Die Not des ganzen Reiches und damit auch die des ganzen Saargebietes erfordert Einigkeit und gegenseitiges Verstehen statt Kampf und Haß.

Mit Freude konnte der Redner ein starkes Anwachsen der Jugendgruppen des Christlichen Metallarbeiterverbandes im Saargebiet feststellen.

Redner gab dann noch eine Menge praktischer Anregungen zum Ausbau der Jugendgruppen und Durchführung einer erfolgreichen Werbearbeit.

An der nun einsehenden lebhaften Aussprache beteiligten sich die Kollegen Dochnahl Meier, Schacht, Lammer, Quack, Jassert, Ludwig und Schwarz. Aus den einzelnen Reden ging ausnahmslos hervor, daß die Kollegen die Probleme nicht nur erfasst haben, sondern vor allem zur praktischen Lösung durch Stärkung des Christlichen Metallarbeiterverbandes bereit sind. Durch Beantwortung einer großen Anzahl von Fragebogen wurde wertvolles Material für die zukünftige Arbeit unter den unorganisierten Jugendarbeitern beigebracht.

Die Kollegen Semmerling und Ripplinger trugen den vom Kollegen Modenhaupt verfaßten prachtvollen Prolog vor und Kollege Thielen die Ballade von König Suhl.

Mit einem begeisterten Schlußwort und Hoch auf Vaterland und Verband konnte Kollege Dick eine Tagung schließen, die den Auftakt zu neuen Erfolgen des Christlichen Metallarbeiterverbandes im Saargebiet sein wird.

(c - - k)

Jugendtagung in Aschaffenburg

Zum ersten Male trat unsere Jugend am 5. und 6. April in einer Kundgebung vor die Öffentlichkeit. Am Samstagabend, im großen Saale des Katholischen Gesellenhauses, hatte unser Bezirksleiter, Kollege Wesp (Darmstadt), das Festreferat übernommen. Klar und scharf stellte er die Gegenwartsaufgaben heraus. Gerade die Jugend muß mit doppeltem Eifer und doppelter Schaffenslust an die Werbe- und Aufklärungsarbeit herantreten, denn ihr ist die Zukunft, an der wir bauen.

Es folgte der herrliche Sprechchor „Hinauf zum Licht“, von Wieprecht.

Am anderen Morgen, nach beendigtem Gottesdienst, ging's im Zug, vorweg die Metallarbeiterjugend, geschart um ihren Wimpel, zum Tagungsort. Nach einer herzlichen Begrüßung durch den Kollegen Karpf, vom Verband christlicher Arbeitnehmer des Bekleidungs-gewerbes, überbrachte Kollege Wesp die Grüße der Zentrale, sowie des Gesamtverbandes. Dann folgte, freudig begrüßt, unser Metallarbeiterkollege Proddöhl (Quisburg) mit seinem Referat. Kollege Proddöhl entrollte Bilder der Frühzeit der deutschen und englischen Industrie. Nur durch harte Gewerkschaftsarbeit war es möglich, der Arbeiterschaft die Stellung zu erringen, die sie heute einnimmt. Dank der Erfolge der Gewerkschaften auf dem Gebiete des Arbeitsrechtes und des Arbeiterschutzes konnte besonders in der Nachkriegszeit vermieden werden, daß die Arbeiterschaft wieder in jene menschenunwürdigen Zustände zurückversetzt wurde, wie sie vor Bestehen der Gewerkschaften gang und gäbe waren. Der Jugend

Pflicht ist es nicht nur das Erschaffte zu erhalten, nein, Großes hat sie in Zukunft zu leisten. Mit aller Kraft muß sich die schaffende Jugend auch wehren gegen die Gefahr der Herabdrückung des Menschen unter den Sachwert, die uns durch das moderne Neuhelidentum droht. Die freien Gewerkschaften sind Glied der Sozialdemokratie, fördern in ihrer Presse, bei Tagungen usw. den Geist des Unglaubens, der Gottlosigkeit. Darum ist es für einen Christenmenschen unmöglich, einer solchen Organisation anzugehören. Überall, wo wir stehen, gilt es zu werben für unsere Idee, für unsere christliche Gewerkschaftsbewegung. Schulter an Schulter wollen wir mit den konfessionellen Standesvereinen kämpfen, um überall christlichem Geiste zum Durchbruch zu verhelfen.

Stürmischer Beifall dankte dem Redner für seine herrlichen Ausführungen. Nach einer regen Aussprache und einem Hoch auf unsere Führer wurde um 1 Uhr die Tagung geschlossen.

Anschließend an das gemeinsame Mittagessen fand die Besichtigung des Schlosses und der in demselben untergebrachten Gemäldesammlung statt.

Großen Muts und voll heller Begeisterung lehrten am Abend die Teilnehmer in ihre Ortsgruppen zurück. Möge der 1. Jugendtag ein neuer Markstein sein zur Aufwärtsentwicklung unserer Bewegung in diesem Gebiet.

Graming..

Filmvorführung in Lüdenscheid

Am 9. April d. J. veranstalteten wir einen Filmabend, zu dem auch die Eltern, sowie alle Kollegen eingeladen waren. Der Norddeutsche Lloyd stellte zu dieser Veranstaltung in dankenswerter Weise seinen Film „Von der Kiellegung bis zum Stapellauf der beiden Schnelldampfer Bremen und Europa“ zur Verfügung.

Der Jugendführer betonte in einem kurzen Vortrag, daß der Werkmann vor allen Dingen sich über die Entstehung eines großen Werkes freuen könne, denn er sei es, der den Gedanken des Technikers erst zur Vollendung gebracht hätte. Nachdem er noch auf die vielseitigen Aufgaben des Verbandes für die Erziehung und Erhaltung der Jugend hingewiesen hatte, endete er seine Ausführungen mit den Schillerschen Worten: „Arbeit ist des Bürgers Stierde, Segen ist der Mühe Preis, ehrt den König seine Würde, ehret uns der Hände Fleiß.“

Nachdem zeigte uns der Film in seiner lebendigen Art die Tat- und Leidenschaft des großen technischen Gedankens. Von den ersten Arbeiten



Stolberg

an begleiteten die Blicke der Zuschauer den Werdegang des Riefendampfers bis zur Vollendung. Ab und zu ließ sich ein erstauntes Ah in den Reihen der gespannten Zuschauenden vernehmen über die Wucht und Größe der Maschinen, die von den winzig erscheinenden Menschen geleitet, ihre schwere Arbeit verrichteten. Ein freudiger Ausdruck lag auf allen Gesichtern, als der stolze Bau, unter dem brausenden Beifall der Menge, seine erste Fahrt über das weite Weltmeer antrat.

Sechstausend Arbeiter halfen, unter schwerer Arbeit, das große Werk zur Vollendung zu bringen, doch auch unsere kleine Schar ging heim mit dem stolzen Bewußtsein, daß der so gering erscheinende deutsche Werkmann eine sehr große Aufgabe im Volksganzen zu verrichten hat und daß jeder stolz sein kann zu diesem Werte schaffenden Stande zu gehören.

Ein kurzes Schlußwort des Jugendführers sowie unseres Kollegen Fischer gaben dem Gedanken „Arbeiter, helft mit an der Verwirklichung der großen Aufgabe — Einordnung der Arbeiter als gleichberechtigte Gesellschaftsmitglieder im Volke — durch eigene Weiterbildung,“ Ausdruck und dem Abend einen sinnigen Abschluß. A. R.

Allerlei Wissenswertes

Der katarische Marmor ist so fein, daß Platten von 3,5 Zentimeter Dicke noch durchscheinend sind.

10 000 000 Goldmark erzielte seinerzeit der Erfinder des Schnürsenkels Harvey Keady mit seiner Erfindung.

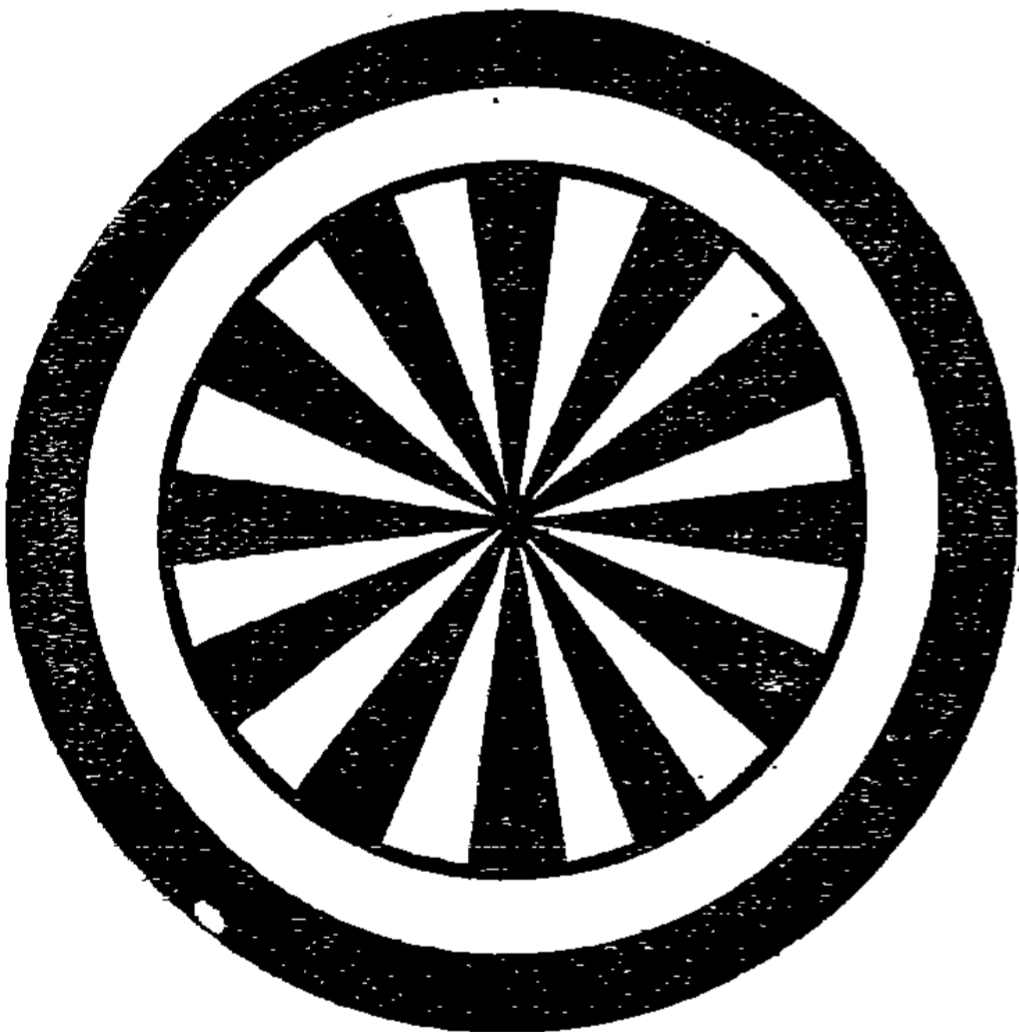
Es gibt 60 Sorten verschiedener Bananen und über 400 Sorten Kürbisse.

Die Lebensdauer der einzelnen menschlichen Kopshaare beträgt meistens 2—4 Jahre.

Man hat festgestellt, daß ein Mauläfer im Verhältnis 21mal mehr zu ziehen vermag als ein Pferd, während die Biene 30mal mehr zieht.

Gegen Grillen

Das verblüffte Auge



Mit Hilfe des obenstehenden Rades könnt ihr eine sehr interessante optische Täuschung vorführen. Ihr nehmt die Zeitung in die Hand und macht mit dem Blick auf das Rad eine lebhaft drehende Bewegung. Dann ist zweierlei zu bemerken: am Anfang, seht ihr, wie sich das innere Rad in entgegengesetzter Richtung der kreisenden Bewegung in Rotation versetzt. Dreht ihr noch rascher, dann entstehen ebenfalls im Raume des inneren Rades drei bis vier grau getönte, runde Kreise, die sich gleichfalls drehen. — Auch in diesem Falle ist es — wie bei fast allen optischen Täuschungen — nicht möglich, für die geheimnisvolle Wirkung eine wissenschaftliche Erklärung zu geben.

Das Geldverschleppen

Auflösung.

A. Bei vier verschiedenen Geldstücken: 2, 3 nach 9, 10; 5, 6 nach 2, 3; 8, 9 nach 5, 6; 1, 2 nach 8, 9.

B. Bei fünf verschiedenen Geldstücken: 2, 3 nach 11, 12; 7, 8 nach 2, 3; 4, 5 nach 7, 8; 10, 11 nach 4, 5; 1, 2 nach 10, 11.

Briefkasten

An Verschiedene. Ihr fragt nach guten Büchern für eure Aus- und Weiterbildung. Ich nenne euch heute folgende: Erich Jachmann, Werkstoffkunde für das Metallgewerbe. Teil 1: Brennstoffe und Wärmeerzeugung, Eisen, Eisenlegierungen. Teil 2: Nichtmetalle, Nichtmetallische Baustoffe und Betriebsstoffe. Erschienen bei Scharfe in Wehlar. Jedes Bändchen kostet 3 RM. In leichtverständlicher Art wird der umfangreiche Stoff dem angehenden Metallarbeiter und dem Berufsschüler dargeboten. Ich kann die Bändchen nur empfehlen. Weiterhin nenne ich:

200 Beispiele aus der Betriebspraxis des Werkzeugmachers und der Metallbearbeitung, von Dipl.-Ing. Gino Kettler, Verlag Manhig u. Co., Berlin N. 35, Lüchowstraße 2. Preis 6 RM. Das Buch bringt 200 Antworten auf Anfragen aus der Praxis. Da finden wir allerlei Wissenswertes über: Stahl, Härten und Glühen, Drehen, Hobeln, Bohren, Fräsen, Fräser, Reibahlen, Gewinde, Gießen, Schmieden, Schweißen, Blechbearbeitung, Maschinen, Oberflächenbehandlung, Messen, Metallbearbeitung usw. Also eine reiche Fundgrube. — Albert K., Püttlingen. Wende dich unter Beifügung von Rückporto an verschiedene Reichswehrformationen und frage an, ob und wann Rekruten eingestellt werden. Man wird dir dann die näheren Bedingungen mitteilen. Der Andrang ist zur Zeit sehr groß. Nur gesunde, kräftige, sowie sportlich gut durchgebildete junge Leute haben Aussicht auf Einstellung. — Peter J., Reustadt. Sab Dank für deinen lieben Kartengruß. Was schadet es! Gewitterts im Mai, ist der Frühling vorbei. Handschlag und Gruß an alle Jungmänner dort. — Josef D. aus München. Das ist wirklich eine Wanderung durch die schöne Welt. Baden-Baden, Speyer, Mannheim! Und wo wirst du stecken, wenn diese Zellen dir zu Gesicht kommen. Die Grüße sind ausgerichtet. Auf Wiedersehen! — Anton K. und 14 Kollegen in Ravensburg. Solche Grüße erfreuen mein Herz. Gott gebe euch zu dem „entschiedenen Wollen“ das gute Vollbringen. Hand- und Schulterschlag. — 4 Jungmänner auf der Hausagitation in Sulzbach. Ich muß euch eures frohen Mutes wegen loben. Hoffentlich war der Erfolg recht erfreulich. Heil und Sieg! — Kollege Gr. in Aichaffenburg. Paul schickte mir deine Karte nach, ich darf wohl hoffen, daß er deine Wünsche erfüllt hat. Ein reizendes Bildchen! Ja, es ist schön bei euch. Dort oben auf dem Pompejanum hab auch ich vor Jahren gestanden und leuchtenden Auges in den Maingau geschaut. Bleibe ich gesund, so will ich zum Herbst bei euch Einkehr halten. — Jungmänner aus Niedersteinbach im Kahlgrund. Wo fröhliche Leute sein, da halte ich mit und wenn es bei „Krebs“ im Keller ist. Nun, ich verrate ja gar nichts! Dafür bin ich zu verschwiegen. Aber eine verschwiegene Frage sei mir doch erlaubt: — War das auch eine Hausagitation? Ich hoffe, Näheres zu hören! Also zum Herbst — bei Krebs.

Herzliche Grüße

Meister Hämmlein, Duisburg, Stapeltor 7.

Schriftleitung für den Hammer: M. Föcher.

Bekanntmachung

Sonntag, den 1. Juni, ist der 23. Wochenbeitrag fällig.

Inhaltsverzeichnis

Der Deutsche Metallarbeiter. Hauptteil:

Vollknotopfer oder Wirtschaftsbeitrag (Karl Schmitz, 2. Verbandsvorsitzender), S. 337. Das Ringen um die Eindämmung der Arbeitslosigkeit (F. Baltrusch, M. d. RWK.), S. 339. Der Kampf um Sozialpolitik und Invalidenversicherung (Karl Gengler), S. 341. Soll und Haben (A. G.), S. 342.

Verbandsgebiet:

Auch vorwärts auf dem harten Boden Glensburgs (S.), S. 345. Olpe mit an der Spitze (G.), S. 345. Braunsberg im Osten will voran (P. K.), S. 345. Unsere Vorkämpfer in Stolberg (rdg.), S. 345. Behdors-Wissen gibt Rechenschaft (W. A.), S. 345. Jahresdelegiertenversammlung Somburgs (B.), S. 346. Schöner Erfolg bei Borzig in Berlin-Tegel (G. D.), S. 346. Pioniere von Hüllen und Bulmke (G.), S. 346. Vorwärts auch im Erzgebirge (K. W.), S. 347. Schramberg ehrt die Jubilare (A. Meßmer), S. 347. Generalversammlung in Bad Kreuznach (Ln.), S. 347. Schwarzenberg-Neuwelt (Sa.) fordert Vollknotopfer, S. 347.

Branchenbewegung:

Rahmentarifvertrag und Lohnabkommen für das württembergische Schlossergewerbe (K. G.), S. 348. Abschluß der Fachkurse für Elektromonteur und Lehrlinge, S. 348.

Unterhaltung:

Ein Arbeitsloser als Kriminalstudent, S. 345. Sarte Zeiten (Charles Dickens), S. 346.

Der Hammer:

Die Jugend bedarf des Verbandes (r.), S. 349. Alter und Jugend (H.), S. 350. Lehrlingsentlassung infolge Betriebskillegung, S. 350. Unterhaltung: Etwas von den Elementen der Technik (G. Baumann), S. 350. Jugendstimmen: Die Frühjahrsjugendtagung des Saarbezirks (c. l.); Jugendtagung in Aichaffenburg (Graming); Filmvorführung in Lüdenscheid (A. R.), S. 351. Allerlei Wissenswertes, S. 352. Gegen Grillen, S. 352. Briefkasten, S. 352.

Bekanntmachung:

Seite 352.

Schriftleitung: Georg Wieber. — Verlag: Franz Wieber, Duisburg, Stapeltor 17. — Druck: Echo-Verlag und -Druckerei, e. G. m. b. H., Duisburg.